

K-1 Präambel

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-1 Präambel

1. Präambel

Berlin ist wunderbar und hat noch viel mehr Potential. Wir haben die Vision einer klimaneutralen, lebenswerten und gerechten, einer offenen und freien Weltstadt. Mit Mut im Herzen und voller Tatkraft sind wir 2016 angetreten, genau dafür zu arbeiten. Wir waren die Neuen, die Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir haben gekämpft und wir haben viel erreicht. Nun verlangt uns allen die Corona-Krise viel ab. Wir sind uns aber sicher: Diese Stadt hat alles, was es braucht, um gerechter und ökologischer und krisenfester zu werden. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

Es geht aufwärts in Berlin

Gemeinsam bauen wir auch in Zeiten einer Pandemie die klimaneutrale und solidarische Stadt. Eine Metropole, in der allen Menschen alle Wege offenstehen – gleich ob sie reich oder arm, jung oder alt sind, wen sie lieben, an wen sie glauben, wie sie aussehen oder wo sie geboren wurden. Eine Großstadt mit gesunden Bäumen, frischer Luft, klarem Wasser in der Spree und schnellem Netz auf dem Smartphone. Mit Fahrradwegen und Elektrobussen, mit Solarpaneelen auf den Dächern und frisch sanierten Schulen, mit ausreichend Kitaplätzen und gesundem Essen aus der Region, mit weniger Müll, mehr BVG, zuverlässigen, digitalen Bürger*innendiensten, mit guter ärztlicher Versorgung in ganz Berlin, dem Wochenmarkt und dem Einzelhandel in der Nähe und der Kiezkneipe an der Ecke.

Über Jahrzehnte wurde in Berlin für das Auto geplant, die „autogerechte Stadt“ in Beton gegossen. Nun ist die Verkehrswende eingeleitet. Überall entstehen Fahrradwege, mit Autos verstopfte Kieze werden langsam zu neuen Lebensräumen. Mieter*innen dieser Stadt leiden immer noch darunter, dass landeseigene Wohnungen verscherbelt wurden. Heute kämpfen wir gemeinsam mit ihnen um jedes Haus, kaufen Wohnungen an, stärken den Neubau und haben die Mieten gedeckelt. Wir haben das „Ausländeramt“ zum „Einwanderungsamt“ gemacht, haben Kohlekraftwerke abgeschaltet und investieren viel Geld, um die Schulen zu sanieren, die wir in miserablen Zustand vorgefunden haben. Nach jahrelangem Sparen haben wir wieder Personal in Ämtern und Verwaltung eingestellt und Hunderte U-Bahn-Wagen und Elektrobusse für die BVG geordert. Jahrzehntelang wurde Berlin kaputtgespart und zubetoniert. Diese Versäumnisse lassen sich nur mühsam beheben. Aber die Wende haben wir eingeleitet: Wir erhalten und schaffen neue Freiräume für Wirtschaft, Kultur, die Freigeister dieser Stadt und das Leben. Die Natur kehrt nach Berlin zurück, neue Bäume wachsen, Dächer werden begrünt. Über 100.000 neue Jobs sind entstanden und in unserer Stadt gilt heute der bundesweit höchste Mindestlohn. Es geht aufwärts in Berlin.

Die Substanz bewahren und die Stadt entwickeln

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig das ist, was wir begonnen haben. Wir haben beherzt gehandelt, um den vielen Solo-Selbstständigen, Kulturschaffenden und kleinen Betrieben unserer Stadt schnell und unkompliziert zu helfen. In der Krise wurde deutlich, wie richtig es war, dass wir seit 2016 in die Widerstandsfähigkeit und Stabilität Berlins investiert haben: Investitionen in die Krankenhäuser, in die Digitalwirtschaft, der massive Wiederaufbau von Personal in den Bezirksämtern, die Sicherheit, dass die Kosten der

41 Unterkunft übernommen werden, wenn es knapp wird – all das sind wir vor der Krise
42 angegangen. In der Krise war unsere solide öffentliche Grundversorgung mit einem stabilen
43 Gesundheits- und Sozialsystem die Basis, die unsere Stadt zusammenhielt. Die Krise hat uns
44 darin bestätigt, dass sich das Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur bitter rächen
45 kann. Auch die vielen Pop-up-Radwege, die in der Krise die Bewegungsfreiheit auf Abstand
46 erleichtert haben, beruhten auf jahrelanger Planung zur Umgestaltung des öffentlichen Raums.
47 Nach der Krise ist diese Substanz nun die Basis, auf der wir unsere große Vision der Stadt
48 weiterbauen.

49 Die Herausforderungen sind enorm und wir brauchen Mut, sie entschlossen anzugehen. Wir
50 müssen jetzt die Klimakatastrophe stoppen, denn wir werden die letzte Generation sein, die
51 dazu die Chance haben wird. Wir müssen jetzt entschieden handeln, wenn Verdrängung und
52 soziale Spaltung zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft zu zerreißen drohen. Und wir
53 müssen uns jetzt Rechtsextremist*innen und Populist*innen entgegenstellen, die dazu
54 aufrufen, unsere demokratische und weltoffene Gesellschaft zu zerstören. Nie war es
55 dringlicher, diese Herausforderungen anzugehen.

56 **Wir haben einen Auftrag...**

57 Berlin hat alles, um gerechter und ökologischer aus der Krise zu kommen, als es
58 hineingegangen ist. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

59 Wenn Berlin sich dafür entscheidet, können wir gemeinsam das Klima schützen und die
60 Verkehrswende voranbringen, lebendige Kieze entwickeln und Wohnen bezahlbar halten, die
61 Wirtschaft ökologisch modernisieren und Arbeitsplätze schaffen, Kitas und Schulen
62 zukunftsfest machen, eine freie und offene Gesellschaft sichern und unsere Demokratie
63 bewahren. Nach fünf Jahren grüner Regierungsbeteiligung haben wir die Wende eingeleitet, mit
64 einem Auftrag für fünf Jahre an der Spitze kann noch viel mehr gelingen.

65 **...und schmieden Bündnisse für die Zukunft**

66 Diese Stadt erfolgreich zu führen, heißt die Bündnisarbeit zur politischen Methode zu
67 erheben. Alleine werden wir unsere Vision nicht verwirklichen können. Deshalb haben wir auch
68 für dieses Programm mit Zukunftskräften dieser Stadt zusammengearbeitet – Initiativen,
69 Umweltverbände, Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen, Glaubensgemeinschaften und
70 Unternehmen haben uns beraten. Und gemeinsam mit allen, die für Berlin brennen, können wir
71 auch die Aufgaben bewältigen: Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der es egal ist, woher man
72 kommt, und nur zählt, wohin wir gemeinsam gehen wollen. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in
73 der Unterschiede ausgehalten werden, in der Babys und Beats, Bienen und Bauen ihren Platz
74 finden. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der radikale Ideen zu vernünftigen Lösungen
75 werden können. Daran wollen wir weiter arbeiten. Die Zukunft liegt in unserer Hand.

K-2 Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-2 Kapitel 2

76 **2. Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und** 77 **Natur**

78 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume und
79 Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das Nahrungsangebot
80 für Insekten, Vögel und Säugetiere wird spürbar weniger. Menschen leiden unter
81 gesundheitlichen Problemen – besonders Ältere, kleine Kinder und sozial Benachteiligte.
82 Diese extremen Wetterlagen werden noch stärker zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin fit
83 für die Klimakrise zu machen und auch auf Klimaanpassung zu setzen. Wir wollen den Umbau
84 Berlins vorantreiben: zu einer Metropole, in der ökologische Verantwortung, moderne
85 Infrastruktur und eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern
86 Grundpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Noch ist Berlin eine der grünen
87 Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen Lebensqualität und schaffen ein
88 angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere Stadt, sind Lebensraum für viele
89 Tiere und binden CO₂. Doch auch diese wichtige Stadtnatur ist durch die Erderwärmung
90 gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für unsere Existenzgrundlage auf diesem
91 Planeten. Das Zeitfenster, sie ganz abzuwenden, haben wir bereits verpasst. Aber noch können
92 wir die schlimmsten Folgen abmildern. Dafür müssen wir jetzt handeln!

93 **Klimaneutrales Berlin**

94 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens
95 einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Deshalb haben wir
96 Grüne in den letzten Jahren in der rot-rot-grünen Koalition – auch gegen Widerstände – eine
97 ambitionierte Klimapolitik eingefordert und vorangebracht. Der Aufholbedarf war groß,
98 nachdem die Klimapolitik in Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir
99 haben zwei von vier Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin als erstes
100 Bundesland die Klimanotlage ausgerufen hat. Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen schaffen,
101 um auch auf den Dächern der Stadt zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen.
102 Zukünftig soll auf allen Neubauten verpflichtend eine Solaranlage installiert werden. Die
103 Berliner Stadtwerke werden für fast alle Bezirke Solarpakete schnüren, haben die Kälte- und
104 Wärmeversorgung der Urban Tech Republic übernommen und mit dem größten in Berlin-Brandenburg
105 genehmigten Windpark Albertshof erneuerbare Energien für 30.000 Haushalte ans Netz genommen.
106 Der vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen
107 Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der
108 Energiewende der Stadt. Um den hohen CO₂-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren,
109 haben wir ein neues Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für
110 eine klimaschonende Wärmeversorgung geschaffen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau der
111 erneuerbaren Energien sozial gerecht fort, damit wir bis spätestens 2030 alle
112 Kohlekraftwerke in Berlin vom Netz nehmen können und Berlin somit auf den 1,5-Grad-Pfad
113 bringen.

114 **Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt**

115 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden Ort der
116 Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb ist unser Ziel, dass

117 alle Menschen in Berlin rasch, bequem und klimaneutral unterwegs sein können. Je mehr
118 Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto mehr Platz bleibt für diejenigen, die nicht
119 auf ihr Auto verzichten können.

120 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt
121 der städtischen Mobilitätsplanung. Dies schützt nicht nur das Klima, sondern nimmt auch alle
122 Berliner*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, denn sie
123 sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür
124 haben wir Grüne ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr,
125 zweitgrößten Verursacher von CO₂ in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu
126 machen. Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Planung von Verkehrsstraßen,
127 Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel vor dem Autoverkehr zu berücksichtigen sind. Viele
128 Berliner*innen sind bereits auf das Fahrrad und den ÖPNV umgestiegen. Das liegt nicht nur an
129 der wachsenden Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege
130 wesentlich breiter und sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten
131 Flächen in der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals
132 ausschließlich Autos vorbehalten waren, für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet
133 haben. An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere Straßen werden bald
134 schon folgen – egal ob temporär oder dauerhaft.

135 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit auch die
136 Gesundheit der Menschen an besonders feinstaubbelasteten Straßen. Sie erkranken nicht nur
137 öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe
138 Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut, dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben
139 und damit nicht nur die Feinstaub-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch
140 Fluglärm wollen wir nachhaltig mindern. Während der Corona-Krise sind die Flugbewegungen
141 massiv zurückgegangen. Viele Menschen haben den wegfallenden Lärm als eine Wohltat erlebt.
142 Wir wollen, dass dann, wenn der Flugverkehr wieder zunimmt, Menschen dennoch in Ruhe
143 schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr
144 gelten.

145 Nur wenn sich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sicher bewegen können und Busse und Bahnen
146 günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich Menschen für klimafreundliche
147 Mobilität. Deshalb haben wir milliardenstark in den Ausbau von Bahnen und Bussen
148 investiert: mehr Strecken, mehr Waggon, kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb.
149 Mittlerweile bringen die ersten E-Busse die Berliner*innen sauber und leise durch die Stadt,
150 der Ausbau von weiteren Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits
151 in vollem Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung
152 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes Kriterium ist
153 der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse. Darüber hinaus ist es auch
154 entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und Bahn leisten können. Deshalb haben wir
155 die Preise für das Sozial-, Azubi- und Firmenticket stark gesenkt und Schüler*innen können
156 seit 2019 in Berlin sogar kostenlos durch die Stadt fahren.

157 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem mehr
158 Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum Auto ausbauen,
159 profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch hat das Auto mit fossilem
160 Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch sind die Schadstoffbelastung, der
161 Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt
162 zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit fossilem
163 Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf weitere Teile Berlins
164 ausdehnen wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und klimaneutrale Antriebe wollen
165 wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial abfedern, die aus gesundheitlichen
166 oder wirtschaftlichen Gründen auf ein Auto in der Stadt angewiesen sind.

167 **Berlins Stadtgrün sichern**

168 Berlin muss nicht nur CO₂-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf die bereits
169 akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten. Ansonsten werden unsere Lebensgrundlagen, unsere
170 Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die Stadtnatur massiv in Mitleidenschaft gezogen.
171 Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur
172 eine Frage moderner Häuser, Transportwege und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage
173 der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar, dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und
174 längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben werden. Deshalb müssen Flächen entsiegelt werden,
175 damit der wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung
176 der Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne
177 Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden bis auf die
178 zivilgesellschaftliche Ebene der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Mit
179 der „Charta Stadtgrün“ haben wir einen Plan vorgelegt, wie zukünftig die
180 Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll. Jahrzehntlang wurde die Grünpflege in
181 Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit haben wir Schluss gemacht und die Mittel
182 für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch die Stadtbaumkampagne konnten 10.000
183 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan
184 2030 haben wir fast alle Kleingärten für die kommenden Jahre geschützt und wir werden uns
185 auch darüber hinaus für ihren Erhalt einsetzen.

186 **2.1 Klimaneutrales Berlin. Wir machen den Weg frei**

187 Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz. Die Ausrufung der Klimanotlage, das Abschalten von
188 zwei Berliner Kohlekraftwerken und der Einstieg in eine konsequente Verkehrswende waren
189 erste wichtige Schritte. Doch es bleibt keine Zeit, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Wir
190 streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und die Pariser Klimaziele
191 zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer Stadt bekommen. In der
192 kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, mindestens ein
193 weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO₂
194 einzusparen, bis 2030 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische
195 Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen. Die Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen
196 und der zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke
197 werden.

198 **Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen**

199 Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende.
200 Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der Solarenergie auf Dächern und an Fassaden
201 Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von derzeit 1 Prozent Solarstrom auf knapp 25
202 Prozent bis 2035 erhöhen. Wir wollen gesetzlich festschreiben, dass der Einbau von
203 Solaranlagen zur Strom- und Wärmegewinnung bei Neubauten verpflichtend wird. Die Stadtwerke
204 Berlin werden für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie
205 Photovoltaik-Lösungen für neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Bis 2030
206 sollen alle öffentlichen Gebäude, auf denen das möglich und sinnvoll ist, mit Solaranlagen
207 ausgestattet sein. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“ haben wir bereits die
208 Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv gefördert. Die digitale Plattform
209 Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so dass nicht genutzte Dächer für den Aufbau von
210 Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Das erfolgreiche Energiespeicherprogramm
211 wollen wir fortführen und weiter ausbauen, denn gerade bei Ein- und Zweifamilienhäusern sind
212 Speicher die sinnvolle Ergänzung zur Photovoltaik-Anlage auf dem Dach.

213 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, auf erneuerbare Energien
214 umzusteigen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir in den letzten
215 Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus sollen Kleinstanlagen für den privaten Gebrauch

216 stärker direkt oder indirekt gefördert werden. Die Mieter*innenstrom-Projekte der Berliner
217 Stadtwerke sollen deutlich ausgebaut werden. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir die
218 Solarwende einleiten.

219 **Gebäude- und Wärmesektor klimaneutral machen**

220 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an.
221 Hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Dazu soll die
222 kohlebetriebene Fernwärmeerzeugung beendet werden. Wir halten am Ziel fest, die Kraftwerke
223 bis 2035 komplett auf klimafreundliche Energieerzeugung umzustellen. Neben der Fernwärme
224 sollen auch andere Formen der Wärmeerzeugung klimaneutral werden. Den Umbau von Gas- und
225 Ölkesseln auf klimafreundliche Heizungsanlagen, wie Solarthermie oder Wärmepumpen, wollen
226 wir stärker fördern. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Einbau von
227 neuen Ölkesseln verboten wird. Unser Ziel ist es, örtlich erzeugte Wärme aus verschiedenen
228 regenerativen Quellen in ein Nahwärmenetz einzuspeisen und lokal zu verteilen. Den
229 rechtlichen Rahmen hierfür soll das Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz bieten. In diesem
230 Zusammenhang wollen wir gleichzeitig einen sozial-ökologischen Sanierungsfahrplan einführen.
231 Wir setzen dabei auch auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen und geben regenerativen
232 Quellen bei der Einspeisung einen Vorrang. Dem zugrunde liegt eine berlinweite Wärmeplanung.
233 Sie ist ein wichtiges Instrument, um Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele zu
234 ergreifen und dabei Aktivitäten verschiedener Akteur*innen zu koordinieren. Mit einem stetig
235 wachsenden CO₂-Preis werden zudem Netzbetreibende, die auf fossile Brennstoffe setzen,
236 stärker in die Pflicht genommen.

237 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch stärker die energetische Sanierung
238 von Gebäuden voranbringen. Auch hier gibt es große CO₂-Einsparpotentiale. Allerdings ist
239 nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht vorgesehen,
240 komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für
241 Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine
242 faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den
243 Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch
244 sinkende Energiekosten neutral bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere
245 Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen
246 Modernisierungsumlage auf Bundesebene und einer stärkeren Förderung energetischer
247 Sanierungsmaßnahmen hier in Berlin. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir einen
248 Anlaufpunkt für Immobilienbesitzende wie auch Mieter*innen schaffen, die sich hier
249 informieren können.

250 **Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget**

251 Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Wir wollen,
252 dass jeder Bereich feste Vorgaben für seine jährlichen Treibhausgas-Einsparungen erhält und
253 damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele knüpfen. Werden die jeweiligen
254 Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO₂-Reduktion durch andere Maßnahmen
255 umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders
256 klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

257 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt
258 stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick
259 über den aktuellen Stand der Berliner CO₂-Emissionen. Mithilfe dieser Daten kann genau
260 ermittelt werden, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die
261 verschiedenen Sektoren daran haben. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und ihm
262 die Möglichkeit einräumen, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen
263 Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre
264 Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Darüber hinaus wollen wir die Zivilgesellschaft noch stärker

265 in klimapolitische Entscheidungen des Landes einbeziehen und dafür einen Klimabürger*innen-
266 Rat gründen. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm (BEK) werden wir ausbauen und dafür
267 sorgen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

268 **Klimaschutz in den Bezirken**

269 Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien
270 erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr
271 finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen
272 Klimaschutzmanager*innen zum Einsatz kommen, die das Klima-Budget im jeweiligen Bezirk
273 kontrollieren und in allen Ämtern etablieren. Damit die Bezirke stärker als bisher die
274 Mittel aus dem BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für
275 die Antragstellung verfügen. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-,
276 Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz deutlich ausweiten.

277 **2.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und** 278 **Artenvielfalt schützen**

279 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das so bleibt,
280 müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem Gange und hat schon
281 sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in Berlin zeigen Schäden, die auf die
282 langen Dürreperioden der letzten Jahre zurückzuführen sind. Gleichzeitig finden sich immer
283 mehr Tiere auf der Roten Liste. Berlins Stadtgrün ist wertvoll, denn es ist nicht nur ein
284 Ort der Erholung, sondern auch der Artenvielfalt, Frischluftversorgung, Klimakühlung und
285 CO₂-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur in der Stadt enorm unter der
286 Verdichtung, dem Lärm, Stress und den Folgen der Klimakrise leiden. Eine intakte Natur ist
287 kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung. Denn neben dem Erreichen der Pariser
288 Klimaziele wird die Klimaanpassung für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in
289 den kommenden Jahren sein.

290 **Stadtgrün erhalten und aufforsten**

291 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen, der
292 Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch uns wurde die
293 größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang aus Flächensicherung,
294 Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um
295 dem Klimawandel die Stirn bieten zu können, müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter
296 ausbauen. Wir wollen die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen ausbauen. Unser Ziel
297 ist eine grüne Null bei den Straßenbäumen: Künftig müssen jährlich mindestens genauso viele
298 Bäume gepflanzt werden, wie zum Beispiel durch Bauprojekte oder Klimaschäden verschwinden.
299 Dabei wollen wir Baumarten anpflanzen, die den veränderten klimatischen Veränderungen und
300 auch den meist schlechten Bedingungen im Berliner Straßenland besser Rechnung tragen.
301 Zusätzlich wollen wir in den Bezirken Obstbäume neu pflanzen, die Schatten spenden und
302 Berlin mehr und mehr in eine „essbare Stadt“ verwandeln.

303 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar. Wir wollen sie erhalten und
304 schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir dafür ein starkes Instrument
305 geschaffen und auch darüber hinaus wollen wir eine langfristige Strategie. Kleingärten
306 sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale Infrastruktur oder eine verkehrliche
307 Erschließung, weichen müssen. Damit alle Berliner*innen von ihnen profitieren können, sollen
308 sich die Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für die Stadtgesellschaft öffnen und neue
309 Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv unterstützen. Durch eine Parzellenteilung von
310 großen Gärten sollen noch mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen. Programme für
311 ökologische Gartenarbeit oder zum Anbau von seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir
312 ausbauen und intensivieren.

313 **Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich**

314 Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren Genpool zu
315 stärken und die Biodiversität in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich genügend
316 Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und Flüsse,
317 Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
318 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
319 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
320 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden.

321 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und ausbauen. Die
322 schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet Imker*innen weiter, die
323 Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur
324 ökologischen Bienenhaltung werden besser finanziert. Die Kooperation zwischen den
325 Imker*innen und bezirklichen Veterinärämtern wollen wir verbessern.

326 **Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und Klimaschutz**

327 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß, es ist leider davon
328 auszugehen, dass dieser Trend anhält. Extreme Hitze ist gesundheitsschädigend, besonders
329 kleine Kinder, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben
330 den Klimaschutzmaßnahmen müssen wir deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Berlin muss
331 sich besser auf Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen
332 Investitionen in die Stadtinfrastruktur.

333 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen wollen wir
334 Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern und nutzen, statt es
335 zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt und hält die Gewässer sauber. Mit
336 der Gründung einer Regenwasseragentur und dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen
337 Weg bereits eingeschlagen. Dadurch können Starkregenereignisse leichter weggesteckt und das
338 Wasser für Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Ein Hauptproblem bleibt aber die
339 Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser versickern und es
340 entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Wir werden gezielt Flächen
341 wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt zu
342 befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Dazu werden wir ein landesweites
343 Entsiegelungsprogramm auflegen und eine jährliche Zielmarke festlegen. Das bestehende
344 Programm „Grün macht Schule“ wollen wir finanziell und personell deutlich aufstocken. Nach
345 dem Vorbild Wiens wollen wir in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. Mit mehr Bäumen,
346 Rank- und Kletterpflanzen, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen, Erfrischungsmöglichkeiten
347 für Jung und Alt sowie entsiegelten Stellen und ausreichend Sitzgelegenheiten schaffen wir
348 in den Kiezen kleine Oasen, die auch der Gesundheit und dem Hitzeschutz dienen.

349 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen, die nicht zum Hauptverkehrsnetz gehören,
350 sollen mit versickerungsfähigem Belag versehen werden. Immer mehr Berliner*innen wollen
351 aktiv das Grün in ihrer Nachbarschaft schützen und weiterentwickeln. Diese Initiativen
352 wollen wir unterstützen und für sie Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und
353 Urban-Gardening-Initiativen wollen wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung
354 stellen, um den Stadtraum zu begrünen. Außerdem wollen wir Hofbegrünungsinitiativen
355 weiterhin durch ein eigenes Programm finanziell unterstützen. Das Ökokonto soll weiter
356 ausgebaut werden, so dass Grünflächen und Biotope vom Land zusammenhängend entwickelt werden
357 können und die Flächen für Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zu Verfügung stehen. Wir
358 wollen dafür einen Berliner Naturcent einführen. Dabei gilt immer, dass jede versiegelte
359 Fläche konsequent und ortsnah durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen werden muss.
360 Ausgleichszahlungen dürfen nur im absoluten Ausnahmefall möglich sein.

361 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden, wir haben
362 über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie Schulen oder
363 Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen, gerade für Hitze-
364 Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir
365 einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser schaffen.

366 **20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet**

367 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große Freiflächen, in
368 denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir Menschen uns erholen.
369 Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiet
370 gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen weitere Naturgebiete
371 schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten. Damit soll der Anteil auf 20
372 Prozent der Landesfläche steigen. Zudem sollen mindestens vier Prozent der Landesfläche
373 zukünftig völlig unter Naturschutz stehen. Die Berliner Wälder wollen wir gezielt aufforsten
374 und sie durch mehr Mischwald besser vor der Klimakrise schützen. Gleichzeitig müssen die
375 Berliner Moore, ein wichtiger CO₂-Speicher, dringend vor dem Austrocknen bewahrt und durch
376 ein ambitioniertes Moorschutzprogramm wieder renaturiert werden. Auch unsere Seen wollen wir
377 schützen. Damit das Grün in unserer Stadt stetig weiterwächst, wollen wir die bestehenden
378 Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen, die ausschließlich für Flora und Fauna
379 reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-Koalition durchgesetzte Projekt
380 „Einstellung von Naturranger*innen und Parkmanager*innen“ wollen wir verstetigen. Außerdem
381 stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes als einer der größten und wichtigsten
382 Grünflächen Berlins. Wir werden die Wasserrahmenrichtlinie der EU, die das Ziel des
383 Biotopverbundes im Blick hat, endlich umsetzen. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf
384 Berliner Gewässer reduzieren und besser regeln. Die Friedhofsflächen sind für die Stadtnatur
385 wertvolle Orte, die wir weiterhin schützen werden.

386 **Eine Stadt ohne Müll**

387 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu verpflichtet,
388 zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem Abfallwirtschaftsgesetz und der Zero-Waste-
389 Strategie sind wir erste wichtige Schritte gegangen, weitere müssen folgen. Den Bezirken
390 wollen wir deshalb bei der Pflege und Reinigung von Grünflächen und Spielplätzen noch
391 stärker finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den Reinigungstakt in den besonders
392 betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die Anwohnenden zu erhöhen. Gerade
393 Straßen mit hohem Touristenaufkommen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für
394 die ganze Stadt – es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den
395 Mehrkosten alleinzulassen.

396 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen wir
397 insbesondere gegen den Verpackungswahnsinn ankämpfen und unterstützen den Verkauf von
398 unverpackten Produkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner Gebrauchtwarenkaufhäuser haben
399 wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen wollen. Was am Ende doch weggeschmissen
400 wird, muss wesentlich besser recycelt werden. Besonders die Rohstoffe aus Sperrmüll sollten
401 besser wiederverwendet werden, anstatt sie mit dem Restmüll zu verfeuern. Um dem illegalen
402 Abstellen von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen wir die Sperrmüllsammlung
403 dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte sollen nicht gleich auf dem
404 Müll landen, sondern in Repair-Cafés günstig repariert werden können. Das ist nachhaltig und
405 spart Geld. Das fördert eine längere Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt
406 dorthin haben wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an
407 zertifizierten Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter
408 ausbauen, um organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu
409 können. Um Müll einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich noch stärker

410 Pfandbehälter-Systeme fördern, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der
411 Anlieferung von Zutaten. Einen weiteren Ausbau der Berliner Müllverbrennungsanlage lehnen
412 wir ab. Die immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze zur Verbrennung des Berliner
413 Restmülls darf nicht überschritten werden.

414 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

415 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst und Menschen
416 erfahren können, wie sie ihr eigenes Handeln umwelt- und klimafreundlich gestalten können,
417 wollen wir die Bildungsarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken. In den
418 vergangenen vier Jahren haben wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage
419 gestellt. Mit einer Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der
420 Senatsverwaltung für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen wir
421 ausweiten und eine Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Wir haben es
422 geschafft, in jedem Bezirk ein Umweltbildungszentrum zu errichten und zu finanzieren, die
423 Bezahlung von Pädagog*innen verbessert und die Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen
424 wir anknüpfen und die begonnenen Projekte weiter verstetigen. Neben den Schulen und Kitas
425 müssen dazu auch zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung mehr
426 Unterstützung erfahren.

427 **2.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische** 428 **Stadtquartiere**

429 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale und
430 ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und
431 Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Deshalb wollen wir die Stadt weiter zusammen mit
432 den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen fördern, etwa durch
433 Architekturwettbewerbe. Ein Ziel dessen kann beispielsweise der weitere Umbau des
434 Öffentlichen Raums, zu Begegnungszonen sein. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet
435 sein, dass sie verschiedene Nutzergruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Um
436 Freiflächen zu erhalten, setzen wir auf intelligente Nachverdichtung und den Bau von
437 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch
438 das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer
439 Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.
440 Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für
441 Wohnen, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung. Die Wege zu Bildungs-
442 und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind kurz und die Anbindung
443 ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die Lebensqualität, sondern
444 ist auch gut fürs Klima. Berlin hat viele besondere Orte. Über deren Zukunft wollen wir eine
445 Stadtdebatte führen. Den Denkmalschutz und die Baukultur wollen wir weiterentwickeln.

446 **Klimaneutrales und nachhaltiges Bauen**

447 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Bauen von Häusern und Wohnquartieren. Wir
448 setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und nachhaltiges Bauen ein. Beim Bau oder
449 bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb zukünftig ökologische und
450 energieeffiziente Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder
451 Recyclingbeton genutzt werden. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen
452 Beschaffung haben wir hier für öffentliche Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt. Was nun
453 folgen muss, sind eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung
454 der Allgemeinen Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins
455 (ABau). In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das bedeutet,
456 dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später wiederverwendet
457 oder recycelt werden können. Damit dem Holzbau, der eine schnelle und ökologische
458 Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir

459 ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten
460 für landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden
461 soll die Holzbau-Quote bei mindestens 50 Prozent liegen. Gemeinsam mit Brandenburg, als
462 großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir ein Holzbau-Cluster aufbauen. Auch
463 beim Recyclingbeton wollen wir Mindestquoten bei allen Neubauten einführen.

464 **Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern**

465 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch
466 mit einem Gründach oder einer Grünfassade errichtet werden. Gebäude sind wichtige
467 Lebensräume für Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter
468 nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für
469 alle städtischen Grundstücke wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-, Landschafts- und
470 Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden Tieren berücksichtigt
471 (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen insekten- und tierfreundlich gestaltet werden,
472 um Lebensräume für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten.

473 **Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes**

474 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung klimaneutral werden.
475 Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner Institutionen des Landes Berlin, die
476 Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die
477 darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis 2035 so umgebaut werden kann, dass er weitestgehend
478 CO₂-neutral wird. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir
479 mit deutlich mehr Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von energetischen
480 Sanierungsmaßnahmen ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und
481 den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir ebenfalls verbindliche ökologische
482 Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und Vergütungsvereinbarungen aufnehmen.

483 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir
484 weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.
485 Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter*innen und Eigentümer*innen weiterführen und
486 ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

487 **Stadtquartiere der Zukunft**

488 Doch Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser hinaus: Wir wollen die Stadtquartiere
489 der Zukunft schaffen. Dafür planen wir gemeinsam mit Brandenburg eine internationale
490 Bauausstellung (IBA), um die großen Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen
491 Nachhaltigkeit, der Mobilitätswende und Bauwende, des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe,
492 Infrastrukturen, Grün und Erholung beispielhaft und praktisch umzusetzen. Zudem wollen wir
493 Bezirke dabei unterstützen, zwei integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte für
494 Stadtumbau, Erweiterung des Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte,
495 Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit
496 Bürger*innenbeteiligung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue
497 Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und
498 ressourcenschonend geplant werden. Der Bau von sozial-ökologischen Modellquartieren darf
499 nicht länger warten und muss vorangetrieben werden. Mit dem neuen Quartier Tegel machen wir
500 den Anfang – viele weitere müssen schnell folgen. In jedem Stadtteil sollen sie Modell
501 stehen für das Wohnen der Zukunft.

502 **Mitbestimmung in aktiven Nachbarschaften**

503 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung
504 stärken und aktive Nachbarschaften fördern. Die Umsetzung der
505 Bürger*innenbeteiligungsleitlinien in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben

506 und durch beispielhafte und weithin sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden
507 dabei unterstützt, eigene Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort
508 auszubauen. Den öffentlichen Raum wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit
509 stadtteilnaher Bürger*innenbeteiligung unterstützen wir die Nachbarschaftsbildung und das
510 demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei es in
511 der Nachbarschaft oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Den Bezirken sollen hierfür
512 ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

513 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um
514 regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte
515 aufzustellen. Gemeinsam mit diversitätssensiblen Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen
516 soll dadurch ein Raum für die öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung
517 geschaffen werden, um beispielsweise Maßnahmen für den Klimaschutz oder die Verkehrswende
518 erfolgreich begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll zudem der
519 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie
520 Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, Studierenden, Geflüchteten, Älteren und großen
521 Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere Wohnkontingente von sozialen Trägern
522 gehalten und für das „geschützte Marktsegment“ vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für
523 Bauvorhaben außerdem leichteren Zugang zu Bürgschaften der Stadt erhalten.

524 **Die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei**

525 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in den
526 vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem anderen in den
527 Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt und steht einer
528 nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und
529 setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen zurückgebaut
530 werden. Neue Nutzungskonzepte müssen geprüft und vom Land unterstützt werden.

531 **2.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die** 532 **Hauptstadt**

533 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der Umbau
534 Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und gleichzeitig schützen wir
535 auch das Klima und die Gesundheit der Berliner*innen, denn Lärm und Emissionen machen krank.
536 Nach Jahrzehnten einer Politik, die das Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen
537 für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gestellt, die emissionsfrei, sicher und leise ist
538 und allen Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste
539 Mobilitätsgesetz Deutschlands, das in dieser Wahlperiode für Berlin verabschiedet wurde.
540 Außerdem haben wir mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu 28 Milliarden Euro für Betrieb
541 und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zugesagt: ein historischer Aufbruch in eine neue Ära
542 der Verkehrspolitik in der Hauptstadt.

543 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit entlasten wir
544 auch die Berliner*innen an großen, lauten Straßen, die besonders unter Lärm und Emissionen
545 leiden. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist – nach dem Fußverkehr – die am
546 zweithäufigsten genutzte Fortbewegungsoption der Berliner*innen. Der ÖPNV ist nicht nur
547 klimafreundlich, sondern auch eine günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer
548 Großstadt wie Berlin ans Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner
549 Verkehrs deshalb weiter stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und
550 zuverlässiger machen. Bis 2030 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei betrieben
551 werden. Mit dem Programm „i2030“ zeigen wir, dass wir über die Landesgrenzen hinaus denken.
552 Erste Strecken werden noch in dieser Wahlperiode eingeweiht, viele weitere werden folgen. So
553 stärken wir den Pendelverkehr nach Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der
554 Bahnstrecken nach Dresden, Stettin und an die Ostsee ein.

555 **Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen**

556 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen,
557 braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität bietet. Unser Ziel ist es,
558 in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-
559 Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In
560 weniger dicht besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein
561 ÖPNV-Angebot zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter
562 ausgebaut werden. Wir denken dabei den Ausbau von Tram, U-Bahn, S-Bahn und Regionalbahn
563 zusammen. Die U-Bahn steht nicht in Konkurrenz zur Straßenbahn, sondern bildet die
564 Schnittstelle zwischen leistungsfähigen Straßenbahnen, S- und Regionalbahnen. Unser Ziel ist
565 ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn,
566 der Tram und vor allem den Regionalbahnen schaffen. Gerade wenn wir mehr Pendler*innen aus
567 dem Auto auf die Schiene bringen wollen, brauchen wir eine Erweiterung und neue
568 Verknüpfungen im Netz.

569 **Ein Drittel mehr Tramstrecken in Berlin**

570 Besonders den Bau weiterer Tramverbindungen wollen wir fortsetzen. In den kommenden Jahren
571 wird das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert – zunächst nach Adlershof, zur Turmstraße
572 und dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann auch vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz,
573 nach Spandau, zum Hermannplatz, zum Rathaus Steglitz, nach Tegel und zum Bahnhof Zoo
574 Straßenbahnen fahren. Um das gewährleisten zu können, braucht die BVG neue und moderne Züge
575 und Busse.

576 **Ausbau von U-, S- und Regionalbahn**

577 Damit Berliner*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen können und
578 Pendler*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die Innenstadt kommen, haben wir
579 im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn und U-Bahn-Wagen durchgesetzt. Berlin baut einen
580 eigenen S-Bahn-Fuhrpark auf. Dazu haben wir 1.380 neue S-Bahn-Wagen, im Wert von rund drei
581 Milliarden Euro, ausgeschrieben, die bis 2033 durch die Stadt fahren sollen, und eine Option
582 auf über 850 weitere gesichert. Dadurch kann nicht nur die Taktung des S-Bahn-Angebots
583 deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit
584 verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-Bahn anbinden.

585 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere Züge
586 angeboten werden. Die bestehenden U-Bahn-Strecken wollen wir weiter ausbauen und wir haben
587 nach Jahren des Stillstandes endlich wieder Machbarkeitsstudien dazu in Auftrag gegeben. Der
588 Bau von U-Bahnen ist allerdings deutlich langwieriger und kostenintensiver als der Ausbau
589 von Tramlinien. Darum gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat für
590 uns der Tram-Ausbau Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahnnetz
591 weiter aus, wo es verkehrlich sinnvoll ist. Für neue U- oder auch S-Bahn-Strecken muss
592 mindestens eins von drei Kriterien erfüllt sein: die Erschließung neuer Wohngebiete, ein
593 überdurchschnittlicher Zuwachs an Fahrgästen oder neue Umstiegsmöglichkeiten für
594 Pendler*innen. Der Ausbau der Verbindungen ins Umland mit der S- und Regionalbahn findet in
595 enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg statt. Damit wird der Umstieg vom Auto auf die
596 Bahn für Pendler*innen noch attraktiver und die Umwelt wird geschont.

597 **Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland**

598 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir ein
599 gigantisches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem Programm „i2030“
600 wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder
601 ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder

602 umgebaut werden. Künftig werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass auf den Strecken, die
603 nicht elektrifiziert werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz kommen.

604 Damit der ÖPNV von Pendler*innen und Berliner*innen in der ganzen Stadt und im Brandenburger
605 Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr Fahrradparkplätze und
606 Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen und im äußeren Stadtgebiet schaffen und
607 gezielt Park-and-Ride-Stationen einrichten. Die Fahrradmitnahme wollen wir ebenfalls
608 erleichtern, indem wir im Rahmen von Ausschreibungen entsprechende Anforderungen an die zu
609 beschaffenden Fahrzeuge formulieren. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes
610 ist ein zentraler Baustein der Verkehrswende.

611 **Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle**

612 Der ÖPNV muss für alle zugänglich sein. Wir haben hier bereits viel erreicht und werden den
613 eingeschlagenen Weg weiter beschreiten. Eine Stadt für alle bedeutet für uns auch Mobilität
614 für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller Bahnhöfe und Haltestellen im
615 Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang schnellstmöglich abgeschlossen werden.
616 Hierfür haben wir der BVG und den Bezirken bereits viel Geld zur Verfügung gestellt.
617 Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen Kindern sollen
618 problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot des ÖPNV nutzen
619 zu können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Inklusionstaxis im
620 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen.

621 **Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen generieren**

622 Wir haben die größte ÖPNV-Offensive seit Jahrzehnten gestartet. Denn wir wissen, es steigen
623 nur noch mehr Berliner*innen auf den ÖPNV um, wenn der Bus mindestens alle zehn Minuten
624 kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der Preis stimmt. Diese Offensive wollen
625 wir weiter vorantreiben. Weil die massiven Investitionen dafür nicht allein über öffentliche
626 Zuschüsse gestemmt werden können und eine Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage
627 kommt, müssen weitere Einnahmen generiert werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr
628 Bahnen als bisher schon ausfinanziert schaffen will, muss auch beantworten, wie diese
629 zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen bisheriger Planungen, wie sie im
630 Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die Kosten, die durch den Autoverkehr
631 entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen. Solch eine breite Finanzierung
632 streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit
633 alle Berliner*innen eine schnell erreichbare Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets
634 günstiger werden und die U-Bahn häufiger kommt. Hierfür gibt es verschiedene Instrumente,
635 wie eine City-Maut, die Ausweitung von Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder Touristenabgabe.
636 Welche Option für Berlin am besten passt und die größte ökologische und soziale Wirkung
637 entfalten kann, wollen wir im Dialog mit der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft weiter
638 erarbeiten. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden,
639 wer guten Zugang zur Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass
640 sie sowohl einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für
641 Menschen mit wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wie
642 Pflegedienste oder Handwerker*innen, werden künftig sogar noch einfacher in die Stadt
643 kommen, da weniger Autos auch weniger Stau bedeuten. So vereinen wir neue Freiräume und
644 Mobilität für alle.

645 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu hohen
646 Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen Verkehrswende
647 konterkarieren. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode das Sozial-, das Schüler*innen-, das
648 Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger gemacht und das Semesterticket für
649 Student*innen stabilisiert. Schüler*innen fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar
650 ist: Damit sich mehr Menschen für den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig

651 bleiben und solidarisch finanziert sein. Unser Ziel ist zudem die Einführung unserer
652 Bärenkarte, die durch eine geringe monatliche Abgabe aller Berliner*innen finanziert wird.
653 Außerhalb der Stoßzeiten können dann alle Berliner*innen fahrscheinfrei den ÖPNV nutzen. Und
654 auch für die, die in den Stoßzeiten fahren, wird es erheblich günstiger. Die Kosten für die
655 Bärenkarte werden deutlich unter dem heutigen Preis einer Monatskarte liegen, so dass die
656 Berliner*innen, die regelmäßig den ÖPNV nutzen, erheblich günstiger in der Stadt unterwegs
657 sein können.

658 **Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin**

659 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-,
660 Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin ist von vielen Sharinganbietern als
661 „Versuchslabor“ und Referenzgebiet ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den
662 internationalen Vorreiterstädten bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen
663 dazu beitragen, Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die
664 Sharing-Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in den
665 mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Poolingdienste die Lücke zwischen
666 klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr schließen und damit zur
667 Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten nutzen, um Car- und Ride-
668 Sharing in die ganze Stadt zu bringen, und gleichzeitig ökologische Standards hierfür
669 vorgeben. Digitale Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch stärker dazu
670 beitragen, unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander abzustimmen, zu
671 verzahnen und so Verkehr zu reduzieren. Wir wollen auch das Taxi erhalten und ihm neue
672 Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder durch Inklusionstaxis. Deshalb setzen wir uns
673 auf Bundesebene für eine Reform des Personenförderungsgesetzes ein, dass die Rahmenbedingungen
674 zwischen Taxis, Mietwagen und Ride-Sharing klar und fair regelt.

675 **2.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in** 676 **der Stadt**

677 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik und der
678 Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon viele Fortschritte
679 gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum ist zwischen den
680 Verkehrsteilnehmer*innen noch nicht so verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner*innen
681 entspricht. Während der klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen
682 Parkraum viel zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger*innen und
683 Radfahrer*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen dieses
684 Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus leistungsfähigem ÖPNV,
685 sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-Systemen den motorisierten
686 Individualverkehr in der Stadt in den kommenden Jahren weitgehend ablöst. Dies schafft nicht
687 nur eine gerechtere Verteilung des Raums unter allen Verkehrsteilnehmer*innen, sondern
688 ermöglicht auch, Berlin lebenswerter umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen
689 Oasen verwandeln, autofreie Kieze bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir Beton
690 aufreißen und Grün wächst, entstehen Versickerungsflächen, die kühlen und das Regenwasser
691 speichern.

692 **Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit**

693 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht und die
694 Berliner*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch sie schafft auch mehr
695 Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit am öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben
696 seinen hohen CO₂-Emissionen, auch einer der größten Verursacher von Lärm und von
697 Luftschadstoffen wie Feinstaub. Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit
698 geringen Einkommen, die häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren
699 wohnen, leiden überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-

700 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist. So zeigt eine Studie des Max-
701 Planck-Institutes, dass in Deutschland 26 Prozent der Covid-19-Todesfälle auf die
702 gesundheitlichen Auswirkungen der schlechten Luftqualität zurückzuführen sein könnten.
703 Deshalb ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Gewinn an
704 Lebensqualität für alle Berliner*innen. Wer sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann,
705 profitiert besonders von dieser Entwicklung.

706 **Weniger Autos und keine fossilen Verbrenner mehr – in ganz Berlin**

707 Die klima- und gesundheitsschädlichen fossilen Verbrenner sollen bis 2030 aus der Innenstadt
708 und bis 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden Autos fahren emissionsfrei,
709 somit wird der Verkehr komplett CO₂-frei. Schon heute sind Elektroautos vielfach eine
710 sinnvolle Alternative zum Verbrennungsmotor. Deshalb unterstützen wir den Umstieg auf
711 Elektroautos und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 sollen 2.000 öffentliche
712 Ladepunkte in der Stadt aufgebaut sein. Damit wäre Berlin deutschlandweit Spitzenreiter.
713 Dennoch sollte das Auto in der Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch die Ausnahme
714 sein, denn auch Elektroautos brauchen Platz. Klar ist: Manche Menschen werden immer
715 individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein
716 Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit Behinderung, Pflegedienste und Handwerker*innen,
717 Polizei und Rettung, Bauunternehmen und Müllabfuhr. Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt
718 gerade ihnen, denn so kommen sie besser voran.

719 **Fuß- und Radverkehr ausbauen**

720 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in den Ausbau
721 des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur investiert.
722 Besonders die deutlich höheren Finanzmittel und Personalressourcen für den Radverkehr haben
723 sich ausgezahlt. Als Grüne die Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5
724 Stellen für die Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute
725 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen.

726 In den vergangenen Jahren wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin gebaut oder modernisiert
727 und 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der Trend zum Rad fortsetzt,
728 braucht es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit
729 mehr Tempo weiter neue Radwege bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer
730 Radschnellwege schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Die
731 bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende Aufkommen anpassen. In den Kiezen
732 sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel auch auf Kopfsteinpflaster
733 sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur Beschleunigung des Ausbaus der
734 Radinfrastruktur soll die Zuständigkeit bei der Planung und Umsetzung des Radverkehrs an
735 allen Hauptstraßen und bei Straßen, die das Rad-Vorrangnetz betreffen, von den Bezirken
736 gänzlich an den Senat übergehen. Im Gegenzug sollen die Bezirke von Anfang bis Ende für die
737 Nebenstraßen zuständig sei. Dabei ist entscheidend, dass das Geld der Aufgabe folgt und
738 zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Ebenso wollen wir die Anzahl der
739 Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich erhöhen. Dabei wollen wir mögliche
740 Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und Naturschutz differenziert lösen.

741 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Dazu braucht es mehr
742 geschützte Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir wollen weitere Tempo-
743 30-Strecken in der Stadt einführen und streben auf Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen
744 leichter Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen
745 sollen stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger*innen abgestimmt werden. Spielstraßen,
746 autofreie Kieze und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und
747 ausweiten.

748 Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte

749 Wir wollen die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen weiter
750 erhöhen. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik der Unfalltoten und
751 Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken, Geschwindigkeitsübertretungen,
752 insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders gefährdeten Orten wie Grundschulen und
753 Kitas, oder das Fahren über eine rote Ampel und regelwidriges Abbiegen wollen wir stärker
754 verfolgen und konsequent ahnden. Zusätzlich haben wir das Förderprogramm „Abbiegeassistent
755 Berlin“ mit zwei Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis zum verpflichtenden Bau von
756 Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu muss mehr Personal bei
757 Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie
758 auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir wollen noch mehr Polizist*innen
759 auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr
760 Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen. Der Aufbau von 1.000 neuen Blitzern im Stadtgebiet
761 soll Raser*innen abschrecken und Radfahrer*innen sollen an immer mehr Kreuzungen zukünftig
762 eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Die Umsetzung haben wir bereits auf
763 den Weg gebracht. Mit diesen Maßnahmen wollen wir dem Leitbild der Vision Zero, einem
764 Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte, in unserer Stadt näher kommen.

765 Platz zum Leben statt Parkplatz

766 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und Grünflächen,
767 Gemeinschaftsgärten, Co-Working-Spaces und Spielplätze. Deswegen wollen wir den öffentlichen
768 Raum gerechter zwischen den unterschiedlichen Nutzer*innengruppen aufteilen. Wir wollen die
769 Innenstadt in den nächsten Jahren vom Autoverkehr deutlich entlasten und eine
770 flächendeckende Parkraumbewirtschaftung einfügen. Die Anzahl der Parkplätze soll reduziert
771 und das Parken im öffentlichen Raum, wie andernorts üblich, angemessen bepreist werden, um
772 den Wert des öffentlichen Raumes widerzuspiegeln. Auch die Anzahl von Stellplätzen werden
773 wir in den nächsten zehn Jahren halbieren und die Flächen umwidmen. So schaffen wir mehr
774 Lebensqualität für alle Berliner*innen, die mehr Platz für Spiel, Sport und Bewegung
775 bekommen.

776 Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen

777 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Lieferketten. Wir wollen die
778 Voraussetzungen schaffen, dass diese Lieferketten zukünftig vor allem klimafreundlich auf
779 die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu wollen wir in Abstimmung mit dem
780 Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den
781 Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile
782 wollen wir so weit wie möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder
783 und Elektrolieferfahrzeuge verlagern. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf MicroHubs,
784 damit Güter von Logistikzentren mit CO₂-neutralen Kleinfahrzeugen klimafreundlich und
785 kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel Handwerker*innen auf Fahrzeuge
786 angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche Förderprogramm für Elektrokleintransporter
787 fortsetzen und ausweiten, um einen emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den
788 Weg zu bringen.

789 Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren

790 Auch der Berliner Flugverkehr ist stark zurückgegangen. Hier findet ein struktureller Wandel
791 hin zu weniger schädlichen Kurzflügen im Inland und innerhalb Europas statt. Wir werden
792 diesen Strukturwandel hin zur Reduzierung klimaschädlicher Flüge politisch befördern.
793 Flugzeuge sind mit Abstand die klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Zudem ist die
794 Lärmbelastung für Anwohnende von Flughäfen enorm. Deshalb befürworten wir ein
795 Nachtflugverbot am neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) zwischen 22 und 6 Uhr. Darüber

796 hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Start- und Landegebühren an ökologische und
797 lärmbelastende Faktoren geknüpft werden. Öffentliche Mittel zur Finanzierung einer
798 kostspieligen Erweiterung des BER ohne wirtschaftliche Grundlage lehnen wir ab. Der
799 Flughafenbetreiber sollte zukünftig sämtliche Betriebs- und Investitionskosten aus eigener
800 Kraft stemmen. Eine dritte Start- und Landebahn darf es nicht geben. Stattdessen setzen wir
801 uns auf Bundesebene für einen Ausbau der Nachtzug-Verbindung ein. Berlin soll Nachtzug-
802 Drehkreuz werden.

803 **2.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle**

804 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der Agrar- und
805 Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir eine
806 zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte Ernährungsstrategie für die Stadt
807 entwickelt und dabei Verbraucher*innen in das Zentrum gestellt. Ein besonderes Augenmerk
808 haben wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Esstisch der
809 Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen
810 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, KITAS und Schulen Berlins versorgen täglich
811 Tausende von Berliner*innen. Hier setzen wir an, um regionales, biologisches und vor allem
812 köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen.

813 **Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus einem Umkreis**

814 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind keine
815 Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner*innen. Deswegen wollen wir den
816 von uns eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und Europa dazu antreiben, die Agrar-
817 und Ernährungswende zu vollziehen. So stärken wir Verbraucherschutz nachhaltig. Berlin
818 zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt
819 bietet die Möglichkeit, die regionale Landwirtschaft zu fördern, Massentierhaltung
820 überflüssig zu machen und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu ist es
821 unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten Bundesländern und unserem
822 Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der Weg vom Acker auf den Teller kürzer
823 wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu einer ökologisch-regional orientierten
824 Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz
825 stärken. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern
826 eine gemeinsame Strategie entwickeln, die u. a. ein Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus
827 einem Umkreis von 300 Kilometern beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen dann
828 künftig bei öffentlichen Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel verwenden. Damit
829 unterstützen wir nicht nur die Ernährungswende in Berlin, sondern fördern auch nachhaltiges
830 Wirtschaften in der gesamten Region.

831 **KITAS, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio**

832 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch produzierten,
833 saisonalen, regionalen, veganen und vegetarischen Lebensmitteln in der
834 Gemeinschaftsverpflegung stetig ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan
835 setzen. Gerade in der öffentlichen Beschaffung sehen wir große Potentiale, die wir besser
836 nutzen können. Ein gutes Beispiel sind die Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien
837 Schulessen für die ersten bis sechsten Klassen Früchte sowie Milch und Milchprodukte
838 ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt von unter 15 Prozent auf über 50
839 Prozent ab 2021. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger
840 gestalten, Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und
841 einführen und die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir
842 wollen insbesondere alle KITAS und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der
843 Gemeinschaftsverpflegung, wie zum Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026
844 weitestgehend auf biologisch produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und

845 veganes bzw. vegetarisches Essen umzusteigen. Um unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei
846 der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung
847 „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in eine langfristig bestehende Struktur
848 überführen und regelmäßig neue Küchen in das Umstellungsprogramm aufnehmen. Darüber hinaus
849 soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde
850 Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen
851 Bio-Städte spielen.

852 **„LebensMittelPunkt“ in ganz Berlin**

853 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir wollen an
854 verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen „LebensMittelPunkt“ (LMP)
855 etablieren. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu Orten des sozialen Zusammenlebens
856 entwickeln, an denen Zugang zu gutem und gesundem Essen, unabhängig vom Geldbeutel, und
857 damit Verbraucherschutz gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle Akteur*innen der
858 Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter*innen, Bienen- und bestäuberfreundliche
859 Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner*innen, Imker*innen, wie auch für lokale Manufakturen
860 und insbesondere inhabergeführte Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle wollen wir durch
861 Bürokratieabbau bei den bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften unterstützen. Auch
862 die Berliner Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für frische und
863 regionale Lebensmittel ausbauen.

864 **Ein „Food-Campus“ zur Lebensmittelbildung**

865 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der Lebensmittelbildung: Mit
866 einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir es ermöglichen, dass alle Berliner*innen
867 Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und
868 Landwirtschaft haben. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert
869 einnehmen: Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben, um allen Schüler*innen
870 die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu gesunder Ernährung zu erlangen und eine höhere
871 Wertschätzung für Lebensmittel zu entwickeln.

872 **Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen**

873 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein zentraler
874 Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete Lebensmittel besser verteilt
875 werden können, Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel nicht mehr wegwerfen. Auch
876 streben wir es weiterhin auf der Bundesebene an, „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus
877 den Mülltonnen der Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher*innen stehen für
878 uns im Mittelpunkt – und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen
879 Lebensmittelbetrug einen Riegel vorschieben, dazu haben wir in der Senatsverwaltung für
880 Justiz und Verbraucherschutz bereits einen Runden Tisch gegen Lebensmittelbetrug
881 eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir wollen Polizei, Staatsanwaltschaft, die
882 Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und das Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser
883 vernetzen und fördern. Denn das Ausmaß des Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede
884 Fälschung sind eine ganz reale Gesundheitsgefahr.

885 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien Zugang zu
886 Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher*innen Zugang zu Erkenntnissen der
887 bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die Ergebnisse der
888 Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark, auch an den Türen
889 aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar veröffentlichen.

890 **2.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes** 891 **Lebewesen**

892 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen,
893 deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden
894 Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter
895 gestärkt. Ein Verbandsklagerecht ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei
896 Verstößen gegen das Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben
897 wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten deutlich aufgewertet, indem es nun erstmals
898 hauptamtlich besetzt worden ist. Berlin hat damit endlich eine unabhängige und starke Stimme
899 für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt weiter zu stärken und mit zusätzlichen
900 Kompetenzen auszustatten.

901 **Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren**

902 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir auch weiterhin so
903 ausstatten, dass sie ihrer Arbeit gut nachkommen können. Zudem wollen wir Tierheime,
904 Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser
905 finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Für die
906 private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick auf das Tierwohl
907 festlegen. Die Haltung von Exoten und besonders gefährlichen Tierarten in Privathaushalten
908 wollen wir beenden. Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können,
909 wollen wir ein Heimtierregister und eine Tier-Notruf-Nummer für alle Tierarten einführen.
910 Ferner streben wir weitere Hundeauslaufflächen an, um in möglichst allen Bezirken
911 ausreichend Platz für Hunde zu schaffen. Pferdehaltung soll tiergerechter und mit mehr
912 Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht in die
913 Berliner Innenstadt gehören.

914 **Massentierhaltung beenden**

915 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin gegen
916 tierschutzwidrige Bestimmungen, insbesondere zur Schweinehaltung, vor. Wir wollen bundesweit
917 erreichen, dass die Nutztierhaltung auf einen besseren Standard gehoben wird.

918 **Jagdgesetz überarbeiten**

919 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir überarbeiten. Die jagdbaren Arten möchten wir durch ein
920 Populations- und Wildtiermanagement reduzieren. Jagdzeiten sollen eingegrenzt und der
921 Abschuss von Haustieren soll verboten werden. Jäger*innen sollen darüber hinaus regelmäßig
922 Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren müssen.

923 **Keine Wildtiere im Zirkus**

924 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die
925 landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um Zirkusse mit Wildtieren aus der Stadt zu
926 verbannen. Zukünftig wollen wir keine öffentlichen Flächen mehr an Zirkusse vergeben, in
927 denen Wildtiere auftreten müssen. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges
928 Verbot von Wildtieren in Zirkussen an.

929 **Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen**

930 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir stetig
931 reduzieren und Tierversuche so weit wie möglich durch Alternativmethoden ersetzen. Berlin
932 soll Forschungshauptstadt für Ersatzmethoden werden. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht
933 länger über dem Tierschutz stehen. Wir wollen verstärkt die Versuchsvorhaben mit Tieren
934 kontrollieren und gesetzlich verpflichtend dokumentieren. Darüber hinaus werden wir
935 gemeinsam mit der Wissenschaft konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln und
936 die Landesförderungen von Forschungsvorhaben an die Bedingung knüpfen, Alternativen zu
937 erarbeiten. Tierversuche an Primaten darf es nicht geben. Wir haben die Berliner
938 Tierversuchskommission paritätisch mit Vertreter*innen aus der Wissenschaft und des

939 Tierschutzes besetzt und mit geeigneten Mitteln, beispielsweise durch den Aufbau von
940 Datenbanken, auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hingewirkt.

941 **2.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig** 942 **weiterentwickeln**

943 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns lieben und
944 schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien, die Flaniermeilen und
945 Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle Angebot – all dies macht Berlin
946 auch für uns Berliner*innen so liebenswert und lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die
947 Corona-Krise, durch die Millionen von Tourist*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten,
948 hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für
949 Berlin ist, doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben.

950 **Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus**

951 Tourismus hat aber auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt ist der Unmut
952 über massiv steigende Tourist*innenzahlen sehr groß. Ferienwohnungen, Lärm, Müll und
953 steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus
954 wird auch nach der Pandemie ein wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein,
955 aber wir brauchen einen stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht
956 belastet und ökologisch nachhaltig ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir
957 dafür konkrete Ziele festgelegt. Touristenströme sollen stärker entzerrt werden: von den
958 Gärten der Welt in Marzahn bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat deutlich mehr zu bieten
959 als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die touristische Infrastruktur in den
960 Außenbezirken stärken und mehr Aufmerksamkeit für weniger beachtete Sehenswürdigkeiten
961 schaffen. Mit einem Hotelentwicklungsplan wollen wir in Zukunft die innerstädtischen Bezirke
962 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen. Große Ziele
963 verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen, VisitBerlin von einer
964 Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur*in umzubauen, die Impulse für einen
965 nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus setzt – und zwar in enger Zusammenarbeit mit
966 den Bezirken. So haben wir einen Bürger*innenbeirat ins Leben gerufen, um die Berliner*innen
967 aus den verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen Tourismuskonzeptes
968 einzubinden. Außerdem wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand gegeben, um
969 vor Ort gezielt Maßnahmen umsetzen zu können.

970 **Stärkere Reinigung von Parks und Straßen**

971 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen. Deswegen
972 haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass die BSR viele Berliner
973 Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig und stärker reinigt. Das kostet viel
974 Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch in den Nachbarschaften. Gerade Orte mit hohem
975 Touristenaufkommen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt –
976 es ist nicht gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen.

977 **City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“**

978 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu wollen wir
979 den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels, Restaurants und
980 touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre
981 Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des
982 ersten Solarschiffes – eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir
983 gezeigt, wie ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz
984 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Außerdem möchten wir die Einnahmen aus
985 der Berliner City-Tax stärker für die Gestaltung hin zu einem stadtverträglichen und
986 ökologischen Tourismus nutzen.

987 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

988 **1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke**

989 Berlin kann 25 Prozent der Stromerzeugung aus Solarenergie decken – wir wollen das bis 2035
990 schaffen. Auf Neubauten machen wir eine Solaranlage zur Pflicht. Bis 2030 sollen
991 berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet
992 werden. Mit der Solardachbörse wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer*innen ihr Dach zur
993 Verfügung stellen, um es in ein Solarkraftwerk umzuwandeln.

994 **2. Eine Stadt ohne Müll**

995 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen wir den
996 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
997 Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-Stellen einrichten, um die Wege zu
998 verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR
999 gereinigt werden. Am besten ist es aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes
1000 Leben für Geräte schützt das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen
1001 to go, stärker fördern.

1002 **3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen**

1003 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und der
1004 nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume, Ökobaustoffe, wie zum
1005 Beispiel Holz, Lehm, Stroh und Recyclingbeton, oder Sportflächen, die Versickerung von
1006 Regenwasser zulassen. Wir wollen die Bauwende umsetzen. Um dies zu erreichen, wollen wir
1007 Berlin als „Schwammstadt“ bauen und multifunktionale Räume schaffen. Um Impulse dafür zu
1008 setzen, wollen wir eine internationale Bauausstellung bis 2026 in allen Berliner
1009 Stadtquartieren initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für
1010 eine ökologische und soziale Stadtplanung sowie das nachhaltige Baugewerbe und schaffen
1011 klimaresilienten Wohnraum in bestehenden Kiezen und neuen Stadtquartieren.

1012 **4. Autofreie Kieze in ganz Berlin**

1013 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für das Leben –
1014 für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz zum Spielen und Flanieren.
1015 An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und weitere Straßen werden folgen. Um Kieze
1016 vom Durchgangsverkehr zu befreien, wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele neue
1017 Kiezblocks schaffen.

1018 **5. Die Taktzahl erhöhen – Bus und Bahn ausbauen**

1019 Alle Berliner*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu schaffen,
1020 wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, in dicht
1021 besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes
1022 liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht
1023 besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot
1024 zur Verfügung stehen.

K-3 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-3 Kapitel 3

1025 **3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück**

1026 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar ist, niemand
1027 darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder, ältere Menschen, prekär
1028 Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderung sind von Armut, Verdrängung und
1029 Ausgrenzung bedroht. Familien und Freischaffende suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und
1030 Gewerberäumen. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz finden.
1031 Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

1032 **Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert**

1033 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit,
1034 auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist. Wohnen ist
1035 keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des
1036 Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür werden wir ein breites Bündnis schließen – von
1037 den landeseigenen Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte bis zu
1038 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl
1039 verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße
1040 gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
1041 Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
1042 genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den Mut bewiesen, Menschen auch dann zu schützen,
1043 wenn der Wind uns frontal ins Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen
1044 das neue Berlin gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt Stück für
1045 Stück zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietemarktes zu
1046 machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns ist klar: Der Mietendeckel
1047 darf 2025 nicht ersatzlos enden.

1048 **Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören**

1049 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
1050 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
1051 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
1052 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
1053 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
1054 Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
1055 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
1056 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
1057 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich
1058 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
1059 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
1060 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
1061 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
1062 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
1063 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
1064 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
1065 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in

1066 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
1067 Unterstützung leisten.

1068 **Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge**

1069 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in
1070 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte
1071 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute
1072 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen.
1073 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen
1074 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr
1075 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote
1076 zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die landeseigenen Krankenhäuser investiert. Wir
1077 wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns nachhaltig
1078 auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein – insbesondere auch bei
1079 den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir eine besser
1080 vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das
1081 Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

1082 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
1083 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
1084 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Verkehrswende, im Bildungsbereich, in der
1085 Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit
1086 unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die
1087 gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns
1088 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

1089 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
1090 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte zu
1091 schlechten Bedingungen mit viel zu vielen Patient*innen ihren Dienst tun. Darum haben wir
1092 gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv an
1093 Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids „Gesunde
1094 Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen Personalschlüsseln die
1095 Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und
1096 Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu
1097 ermöglichen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
1098 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

1099 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie der
1100 grünen Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der
1101 Versorgung herzustellen.

1102 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegulungen für Beamt*innen verändert, so
1103 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
1104 bundesweit umsetzen.

1105 **Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen**

1106 Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft bleiben. Am
1107 besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch für Menschen mit
1108 Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass die Stadt barrierefrei
1109 ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir
1110 uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine
1111 barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen in
1112 Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung,

1113 gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance bekommen, Teil des
1114 ersten Arbeitsmarktes zu werden.

1115 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
1116 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
1117 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Berlin
1118 gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den Initiativen und Verbänden unterstützen wir daher das
1119 Berliner Behindertenparlament.

1120 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

1121 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik eingeläutet, um
1122 der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
1123 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten. Mit unserem
1124 „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin
1125 in gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die landeseigenen
1126 Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen und Hausprojekte
1127 sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das
1128 Gemeinwohl verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr
1129 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn sie sich
1130 sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

1131 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl ausgerichtet,
1132 gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt gebracht und zu stabilen
1133 Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf,
1134 dass wir Wucher stoppen konnten, trotz heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren
1135 streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin.
1136 Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40
1137 Prozent des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende
1138 eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verwirklichen
1139 soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht gegeneinander aus.

1140 **Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch**

1141 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz hat.
1142 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
1143 landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
1144 Besitzer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr Wohnungen. Wir wollen, dass in Berlin jährlich
1145 20.000 Wohnungen neu gebaut werden, natürlich klimaneutral und mindestens die Hälfte
1146 sozialverträglich. Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden werden, weil das
1147 weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir einen
1148 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
1149 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Neubauten ermöglicht. Wir
1150 wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine besonders hohe
1151 Förderung in dauerhaft gemeinwohlgebundene und möglichst CO₂-neutrale errichtete Wohnungen
1152 fließt. Die Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen und weiter
1153 öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

1154 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläutern. Mit ökologischen
1155 Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton, wollen
1156 wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf die Straße bringen. Bei
1157 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
1158 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System
1159 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
1160 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir

1161 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
1162 Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien
1163 und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch niedrige
1164 Energiekosten aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Die öffentliche Hand
1165 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
1166 1,5-Grad-Pfad zu bringen.

1167 Wir wollen Eigentümer*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine
1168 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser vorzulegen.
1169 Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die
1170 Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und des
1171 ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

1172 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
1173 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
1174 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
1175 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens 50 Prozent
1176 der Wohnungen im Neubau dauerhaft gemeinwohlgebunden sind. Darüber hinaus wollen wir auch
1177 alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische und
1178 Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

1179 **Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern**

1180 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
1181 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
1182 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
1183 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung
1184 eines Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des Mietendeckels
1185 sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen, haben wir ein
1186 Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit Leben füllen.

1187 Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf Bundesebene
1188 eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter*innen nicht mehr als 30 Prozent
1189 ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen. Sollte das nicht gelingen, werden wir
1190 auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den
1191 Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten
1192 nutzen und ein Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für ein
1193 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
1194 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und Immobilienkaufpreise nicht durch die
1195 Decke gehen.

1196 Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die Gemeinwohlorientierung.
1197 Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den
1198 städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der öffentliche
1199 Wohnungssektor stellt sicher, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die Miete zahlen
1200 können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen Berlinovo-
1201 Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz und
1202 Gemeinwohl.

1203 Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen. Höherer
1204 Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen Umsetzungsfragen wollen wir mit
1205 einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer sinnvoll und
1206 durchführbar ist. Zusätzlich wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv ausgestalten. Sie
1207 soll deutlich höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen Wohneinheiten und
1208 niedriger als heute für Einzelkäufe.

1209 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
1210 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir wollen, dass der Bund den Ländern durch
1211 die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen
1212 konsequent zu unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf Neubauinvestitionen zu
1213 begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit wir, analog
1214 zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden können.

1215 **Die Stadt zurückerwerben**

1216 Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen,
1217 streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu 50 Prozent
1218 gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für uns Eigentumsformen, die nicht auf
1219 puren Profit und Spekulation ausgerichtet sind – wie zum Beispiel Genossenschaften,
1220 Baugruppen, Berlins Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie die
1221 öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

1222 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der Mottenkiste
1223 geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer*innen mit Abwendungsvereinbarungen
1224 dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder veranlassen den Aufkauf der fraglichen
1225 Wohngebäude durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer deutlichen
1226 Erweiterung von Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der betroffenen
1227 Mieter*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder
1228 Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung schließen.
1229 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu
1230 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
1231 Bundesebene dafür, einen rechtlich bindenden Gewerbemietenspiegel und einen fairen
1232 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
1233 einführen und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig
1234 anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen
1235 sind.

1236 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
1237 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
1238 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.
1239 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
1240 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

1241 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
1242 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
1243 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
1244 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
1245 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen
1246 Schritt gehen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht,
1247 müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative
1248 Obergrenzen sehen wir kritisch.

1249 **Aktive, transparente und faire Bodenpolitik**

1250 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
1251 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
1252 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen
1253 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
1254 Erbbaurechtsstrategie implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr
1255 privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

1256 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
 1257 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
 1258 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer
 1259 genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
 1260 gemeinwohlorientierte Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken.
 1261 Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts
 1262 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie
 1263 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
 1264 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den Verkehrswert zu
 1265 ermitteln, und nicht die höchstmögliche Verwertung zählt.

1266 **3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven** 1267 **schaffen**

1268 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
 1269 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
 1270 gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder Menschen
 1271 mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale Sicherheit
 1272 garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es eines
 1273 grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen
 1274 Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des Hartz-
 1275 IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-Regelsatz.

1276 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
 1277 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
 1278 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teuer wird.
 1279 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
 1280 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
 1281 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
 1282 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

1283 **Familien- und Kinderarmut bekämpfen**

1284 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
 1285 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
 1286 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell oder finanziell benachteiligt sind.

1287 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
 1288 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulesen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
 1289 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
 1290 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
 1291 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
 1292 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
 1293 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

1294 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
 1295 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
 1296 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
 1297 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die
 1298 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen,
 1299 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk
 1300 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da
 1301 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches
 1302 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in
 1303 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die

1304 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in
 1305 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die
 1306 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen
 1307 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1308 Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in
 1309 den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt.
 1310 Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort
 1311 sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit
 1312 zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
 1313 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
 1314 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
 1315 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
 1316 unbürokratisch beraten können.

1317 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
 1318 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
 1319 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
 1320 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
 1321 wiederholen wollen.

1322 **Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren**

1323 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
 1324 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.
 1325 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
 1326 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
 1327 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Die Rädchen müssen vor Ort
 1328 ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür
 1329 müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze
 1330 Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall
 1331 gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war
 1332 ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln
 1333 haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der
 1334 Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der
 1335 Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar,
 1336 dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

1337 **Orientierung am Sozialraum der Menschen**

1338 Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen organisieren
 1339 – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe begonnene
 1340 „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit der Verankerung im
 1341 Familienförderungsgesetz weiten wir diese Systematik auf andere Bereiche aus. In ganz Berlin
 1342 sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert und Fachkonzepte der Zusammenarbeit
 1343 erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien und
 1344 Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“,
 1345 Babylots*innen, die Stadtteilmütter, Sozialarbeiter*innen in Jugendeinrichtungen, die
 1346 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den sogenannten „67er-
 1347 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten,
 1348 wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken erreichen. Parallel soll die
 1349 Qualitätssicherung systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität
 1350 und hohe Qualität zu verbinden.

1351 **Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

1352 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armut-, Sozial- und
 1353 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
 1354 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
 1355 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
 1356 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
 1357 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
 1358 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
 1359 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
 1360 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
 1361 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können.

1362 **Das Konzept „Housing First“ ausbauen**

1363 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
 1364 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
 1365 Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz „Housing First“
 1366 Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und begleiten sie
 1367 dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die
 1368 Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten,
 1369 die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften
 1370 auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo
 1371 mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen
 1372 Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang umsetzen zu können,
 1373 wollen wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von sozialer
 1374 und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders
 1375 verletzbare Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit
 1376 Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im Mittelpunkt.

1377 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger*innen, wenn sie keine Ansprüche
 1378 auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse
 1379 abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral die
 1380 Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen Sicherheits- und
 1381 Ordnungsgesetzes unterbringt.

1382 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
 1383 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
 1384 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
 1385 deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit
 1386 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
 1387 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

1388 **Ein neues Landesamt für Unterbringung**

1389 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
 1390 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
 1391 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
 1392 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
 1393 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
 1394 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
 1395 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

1396 **3.3 Gesundheit ganzheitlich denken**

1397 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht drastischer deutlich
 1398 werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu treffen heißt immer in gute Strukturen
 1399 zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf

1400 nicht zur Profitmaximierung dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren.
1401 Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles
1402 Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches, psychisches und
1403 soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

1404 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
1405 Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten aufgestockt, Personal in den
1406 Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen.
1407 Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die
1408 Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und dafür
1409 gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser Eltern
1410 beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus besser und
1411 gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale, saisonale und
1412 nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine. Wir haben erreicht, dass
1413 alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir unterstützen
1414 Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren Einsatz können
1415 sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein
1416 behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur
1417 hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und bislang einzigartige
1418 Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention
1419 (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu
1420 HIV/AIDS.

1421 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen**

1422 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
1423 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD kaputtgespart. In der
1424 Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Wir brauchen
1425 einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen
1426 ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der ÖGD soll
1427 die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher werden wir
1428 systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen
1429 oder Gesundheitswissenschaftler*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns dafür ein,
1430 dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern
1431 absolviert werden können. Wir wollen den Beruf der*des Amtsärzt*in attraktiver machen und
1432 die Voraussetzungen schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt*in für den
1433 öffentlichen Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden kann. Mit
1434 neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu erledigen. Um
1435 vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die Vielfalt
1436 unserer Gesellschaft widerspiegelt.

1437 **Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren**

1438 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen und die Mitarbeiter*innen in
1439 den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung
1440 wichtig sind. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei
1441 ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch
1442 in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung
1443 steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen
1444 Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die Ausbildung muss
1445 attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in
1446 Teilzeit zu absolvieren.

1447 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
1448 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status

1449 quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der
1450 Gesundheitsversorgung voranzubringen.

1451 **Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen**

1452 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
1453 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die soziale Lage eine wesentliche
1454 Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel
1455 zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
1456 zusammengebracht. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier
1457 arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez
1458 für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen
1459 disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der
1460 Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt regelmäßiger
1461 Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale und
1462 interprofessionelle Gesundheitszentren schaffen.

1463 **Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken**

1464 Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu
1465 verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn Gesundheit entsteht
1466 weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben,
1467 arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch Klimaschutz ist
1468 Gesundheitsschutz – Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der Verkehrswende schützen
1469 wir vor allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen leben müssen.
1470 Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf
1471 die Gesundheit prüfen.

1472 **HIV/Aids besiegen**

1473 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
1474 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
1475 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
1476 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95“: 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer
1477 Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und 95 Prozent der
1478 Behandelten „unter der Nachweisgrenze“ sein, damit eine Übertragung des HI-Virus nicht mehr
1479 möglich ist. Um das zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu Versorgungsstrukturen
1480 weiter verbessern.

1481 **Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle**

1482 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
1483 Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen sowohl während der
1484 Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
1485 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
1486 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen Frauen aber weiterhin eine selbstbestimmte und
1487 sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
1488 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
1489 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammsuche zu erleichtern. Zusätzlich
1490 haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen
1491 verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene setzen wir uns
1492 dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen werden und es
1493 dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

1494 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
 1495 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie auch
 1496 gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

1497 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können.
 1498 Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich
 1499 sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

1500 **Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss**

1501 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
 1502 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
 1503 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
 1504 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vorher eine
 1505 gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung stattfindet. Deshalb
 1506 wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für
 1507 Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder
 1508 zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aus gesundheitsökonomischer Sicht oft
 1509 unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische
 1510 Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die
 1511 Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die von den
 1512 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

1513 **Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote**

1514 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere
 1515 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven
 1516 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus
 1517 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und
 1518 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu
 1519 bewältigen.

1520 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
 1521 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
 1522 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
 1523 Abbau von Zwang. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor
 1524 stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue
 1525 Angebotsformen zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und Begleitung stärken.
 1526 Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen
 1527 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

1528 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
 1529 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
 1530 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen.

1531 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege** 1532 **stark**

1533 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
 1534 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
 1535 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
 1536 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
 1537 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
 1538 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
 1539 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns

1540 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterchluss mit Pflegebedürftigen,
1541 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

1542 **Im Kiez verortet**

1543 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
1544 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
1545 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
1546 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
1547 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
1548 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
1549 Community hinaus zusammenbringen.

1550 **Vielfalt der Pflege- und Wohnformen**

1551 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an und wollen
1552 alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen
1553 abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte
1554 Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive
1555 Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und
1556 kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Besonders wichtig
1557 war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen
1558 Sozialraum.

1559 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
1560 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
1561 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
1562 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
1563 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
1564 Pflegeeinrichtungen.

1565 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
1566 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
1567 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
1568 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
1569 Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Hintergründe der Berliner*innen abbilden
1570 muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer
1571 Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf
1572 Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und
1573 Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen
1574 Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg
1575 wollen wir weitergehen.

1576 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen**

1577 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das
1578 spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir
1579 ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits
1580 Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die
1581 Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine Pflegekammer,
1582 wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir
1583 ausdrücklich.

1584 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
1585 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
1586 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte in Form von Pflegekammern und

1587 regen das auch für andere Heilberufe an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen und die
 1588 Finanzierung der berufsbegleitenden Ausbildung zum*zur Altenpfleger*in. Im Ausland erworbene
 1589 Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU
 1590 erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die
 1591 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer
 1592 eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf
 1593 – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

1594 **Pflegende Angehörige besserstellen**

1595 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
 1596 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
 1597 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
 1598 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
 1599 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
 1600 soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine
 1601 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
 1602 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

1603 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit** 1604 **Behinderung**

1605 Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der
 1606 alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive Behinderung
 1607 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In Berlin leben
 1608 rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent, das ist fast jede
 1609 zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für noch viel mehr
 1610 Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf
 1611 barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es zentral,
 1612 dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

1613 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
 1614 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
 1615 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
 1616 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
 1617 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
 1618 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
 1619 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
 1620 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
 1621 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
 1622 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

1623 **„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung**

1624 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
 1625 vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser der Teilhabe“ gegründet
 1626 sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um die Beratung
 1627 so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards der
 1628 Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken entwickeln
 1629 und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und die
 1630 Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen. Bei der
 1631 Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das
 1632 „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
 1633 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
 1634 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-

1635 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
1636 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

1637 **Für Inklusion in allen Lebensbereichen**

1638 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
1639 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so weiterentwickeln, dass sie nicht
1640 zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt dienen.
1641 Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf
1642 Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen
1643 aber zu viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern,
1644 werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker
1645 fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an solche „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

1646 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
1647 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
1648 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Inklusionstaxis im
1649 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
1650 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
1651 zu einer Bedingung machen.

1652 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
1653 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
1654 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
1655 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
1656 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
1657 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1658 Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich
1659 gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach wollen wir
1660 unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen. Die
1661 Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur individuellen
1662 Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

1663 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
1664 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
1665 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

1666 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
1667 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
1668 wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun beschleunigen. Das gilt
1669 zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der Neukonzeption
1670 von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung umfassend
1671 mitgedacht werden.

1672 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
1673 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

1674 **3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung,** 1675 **Unterstützung und Selbstbestimmtheit**

1676 Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational geführt wie die
1677 um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen vernünftigen,
1678 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
1679 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz gewährleistet, Abhängigen unkompliziert Hilfe
1680 zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1681 **Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden**

1682 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit
 1683 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen
 1684 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen
 1685 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete illegale
 1686 Droge ist mit ca. vier Millionen Konsument*innen Cannabis. Tatsächlich ist die
 1687 Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der
 1688 anderen Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich getroffen
 1689 worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt willkürlicher
 1690 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungspotential ein wichtiger
 1691 Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie
 1692 Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in
 1693 kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
 1694 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1695 **In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene**

1696 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
 1697 Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem Pilot-
 1698 Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen Weg einschlagen, der Menschen vor
 1699 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume haben wir in den Bezirken
 1700 geplant und geschaffen. Dort sind neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
 1701 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
 1702 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
 1703 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene. Gemeinsam
 1704 mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem „Cannabiskontrollgesetz“
 1705 ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt, den wir auch weiter vorantreiben
 1706 werden.

1707 **Aufklärung und Prävention ausbauen**

1708 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, zielorientierten
 1709 Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen.
 1710 Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der
 1711 Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht nur
 1712 substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der Prävention
 1713 vor nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder Computerspiele, weiter
 1714 ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen
 1715 Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen Möglichkeiten im Detail prüfen.
 1716 Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
 1717 schützen wir damit und wir halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
 1718 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucherkneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
 1719 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1720 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
 1721 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
 1722 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
 1723 Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
 1724 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
 1725 Spielplätzen nichts verloren.

1726 **Beratung und Selbsthilfe stärken**

1727 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Unser
 1728 Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in allen Bezirken Berlins. Mit einer

1729 stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die drogenabhängig und
 1730 dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht alleine
 1731 schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur anerkannten
 1732 Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur Beratung
 1733 und Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-Checking-
 1734 Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die Sucht- und
 1735 Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei für uns,
 1736 dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution und die
 1737 Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-
 1738 psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

1739 **Schwarzmarkt austrocknen**

1740 Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu legalisieren.
 1741 Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt, halten wir an unserem Ziel
 1742 eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis in Berlin fest. Die nicht verfolgbare
 1743 geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für andere illegale
 1744 psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei
 1745 bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von massiven
 1746 Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner*innen wollen wir dazu verhelfen, wieder
 1747 mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich
 1748 für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den
 1749 internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

1750 **Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik**

1751 Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum einem
 1752 anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und der Lage der Welt
 1753 so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten wir daran, den
 1754 internationalen Drogenhandel zu unterbinden. Das gelingt nicht durch die Kriminalisierung
 1755 von Konsument*innen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung
 1756 und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf
 1757 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1758 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt 1759 des Sportes**

1760 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude. Wir wollen
 1761 allen Berliner*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob
 1762 organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle
 1763 Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und
 1764 Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park,
 1765 eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem
 1766 Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport
 1767 verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von internationalen
 1768 Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der Sportmetropole Berlin wollen wir
 1769 ausbauen.

1770 **Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine**

1771 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen vielfältige
 1772 Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft, sie unterstützen das
 1773 Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den Leistungssport. Das wäre ohne zahllose
 1774 Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als Trainer*innen oder Vereinsvorstände engagieren.
 1775 Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung von

1776 Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der Trainer*innen
1777 und Übungsleiter*innen verbessert.

1778 **Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen**

1779 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1780 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1781 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1782 wir das Sportfördergesetz und die Sportstättennutzungsverordnung so anpassen, dass die
1783 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Der neu
1784 gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-Ludwig-
1785 Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von
1786 institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-
1787 Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in einer
1788 Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte für alle
1789 Menschen entstehen kann.

1790 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1791 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1792 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1793 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1794 kommenden Jahren weiterführen.

1795 **Sportanlagen inklusiv und ökologisch**

1796 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1797 schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1798 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1799 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1800 ökologischen Standards erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in allen
1801 Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in der Sportanlagennutzungsverordnung
1802 auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1803 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1804 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1805 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1806 Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch für eine älter
1807 werdende Gesellschaft ist es wichtig, barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten, damit in
1808 jedem Alter Bewegung und Sport möglich ist.

1809 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1810 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1811 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1812 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1813 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1814 **Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die** 1815 **Gesundheit**

1816 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1817 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss Schwimmunterricht Teil
1818 des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe ausweiten,
1819 damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich die Nutzung
1820 der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Kooperationsverträge mit
1821 anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden können, um
1822 die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1823 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
1824 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
1825 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir
1826 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
1827 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
1828 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
1829 sind.

1830 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
1831 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches
1832 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und
1833 sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss sich auch
1834 in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1835 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1836 **1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware**

1837 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1838 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1839 Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in
1840 gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen
1841 wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit
1842 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1843 Kooperationsvereinbarung abschließen.

1844 **2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden**

1845 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1846 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1847 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1848 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1849 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1850 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1851 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1852 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1853 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1854 **3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause**

1855 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1856 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1857 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1858 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1859 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1860 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1861 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

1862 **4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern**

1863 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1864 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1865 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1866 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1867 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
1868 dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1869 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Dazu

1870 zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den
1871 Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die
1872 Akademisierung der Pflegeausbildung.

1873 **5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen**

1874 In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen faire
1875 Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt eine
1876 angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum Beispiel, dass Ärzt*innen
1877 im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden. Zusätzlich könnten
1878 Landesstipendien für diese Engpassberufe vergeben werden.

K-4 Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-4 Kapitel 4

1879 **4. Zukunft schaffen - Innovationen und Chancen**

1880 Wir stellen die Zukunft der Berliner*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt das bei den
1881 Kleinsten, in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in Ausbildung, bis zu
1882 Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind der festen Überzeugung: Berlin muss Stadt der
1883 Innovation, Nachhaltigkeit und der Zukunft werden. Deswegen haben wir uns 2016 mit großen
1884 Schritten in Richtung Zukunft aufgemacht und investiert: in Innovation, in Klimaschutz und
1885 in mehr Solidarität.

1886 **Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise**

1887 Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner Wirtschaft. Von
1888 heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft, den Restaurants, der Kultur-
1889 und Veranstaltungsbranche die Besucher*innen und Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war
1890 es wichtig, den Tausenden Menschen, Solo-Selbstständigen und kleinen und mittleren
1891 Unternehmen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der
1892 Krise zahlt sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen
1893 Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das werden wir
1894 fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken Digitalwirtschaft, wir machen
1895 Berlin zum Zentrum der Innovation und Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere
1896 Landesunternehmen sollen Vorreiter und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden –
1897 mit verbindlichen jährlichen Zielmarken.

1898 **Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit**

1899 Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir uns an
1900 Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während der gesetzliche
1901 Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
1902 angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue. Wir finden, von Arbeit muss man leben
1903 können. Outsourcing haben wir zurückgedrängt und auch für kreative Honoraruntergrenzen
1904 eingezogen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen
1905 wir eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Chancen-Programm“ auf den Weg
1906 bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und verbunden mit Ausbildung und
1907 Qualifizierung.

1908 **Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten**

1909 Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt das: mehr
1910 Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Fachkräfte
1911 sollen sich individueller um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist
1912 unser Ziel und dazu werden wir den Erzieherberuf attraktiver machen und Schule als Team aus
1913 Lehrkräften, Erzieher*innen, IT-Support und vielem mehr aufstellen. Den Schulalltag wollen
1914 wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren. Wir wollen eine Kultur des Lernens,
1915 die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Damit
1916 Schule funktionieren kann, muss das Umfeld stimmen – genug Platz in den Gebäuden und Räumen,
1917 ausreichend Personal, saubere Schulen und gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen,
1918 dass Kinder mit ganz unterschiedlichen Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer

1919 Schule lernen. Nur so schaffen wir ein durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern,
1920 unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue Chancen bietet.

1921 **Wissen schafft Zukunft**

1922 „Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten Sätze der
1923 Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer aufgeklärten Demokratie und
1924 Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen
1925 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen. Wir stehen fest an der Seite
1926 unabhängiger Wissenschaftler*innen. Mit der Förderung der elf Zukunftsorte Berlins – vom
1927 Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof über die geplante neue Urban Tech Republic am
1928 TXL bis zum CleanTech Business Park in Marzahn – vereinen wir Wirtschaft und Wissenschaft
1929 bereits erfolgreich. An Berlins Hochschulen braucht es eine gute Finanzierung und gute
1930 Arbeitsbedingungen. Mit diesem Anspruch haben wir schon 2016 die Arbeit in der Koalition
1931 aufgenommen und von 2018 bis 2022 den Landeszuschuss jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser
1932 Ziel ist, dass mit zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in
1933 gute Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Wichtige Schritte auf einem Weg, den wir in den
1934 kommenden Jahren fortsetzen wollen.

1935 **Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt**

1936 Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin.
1937 Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause kennen. Wir wissen um
1938 diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie. Dafür braucht es zentrale
1939 Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

1940 Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe. Darum wollen
1941 wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in Berlins Rathäusern und
1942 Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen
1943 Plätzen und in Parks.

1944 Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht – eine Zukunft,
1945 in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in der Menschen in jeder
1946 Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet bereits auf mich.

1947 **4.1 Wirtschaften für die Zukunft**

1948 Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit. Die Berliner
1949 Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der Erfindergeist ist zurück
1950 in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An
1951 der Spree werden die Trends der Digitalisierung ersonnen und von uns gefördert. Auf dieser
1952 Grundlage ist eine starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle Dax- und
1953 zahlreiche internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlin angesiedelt.

1954 Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in
1955 Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so
1956 stark wie hier in Berlin. In den letzten Jahren sind rund 150.000 neue
1957 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und
1958 besonders erfreulich: all dies mit sinkenden CO₂-Emissionen.

1959 Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft. Selbstständige,
1960 Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und viele Künstler*innen haben
1961 erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag wegbrachen. Es war richtig und uns sehr
1962 wichtig, in dieser Situation für Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu
1963 leisten. Nach dieser ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu
1964 setzen und Unternehmen krisenfest zu machen.

1965 Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die Erfolge der
1966 letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen: Krisenresilienz
1967 stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung
1968 der Klimakrise vorantreiben. Die Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der
1969 Welt Lösungen genau dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und
1970 dem Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten
1971 Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir eine Akteurin
1972 geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim digitalisierten Neustart unterstützt.
1973 Die bundesweit einmalige Berliner Mischung aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in den
1974 elf Zukunftsorten macht Berlin innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von
1975 Forschungs- und Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu
1976 überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten.

1977 Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion
1978 zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die Industrie von heute.
1979 Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist für uns die Berliner Mischung.
1980 Wir vernetzen Industrie, Forschung und Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir
1981 verbinden Stadtentwicklung und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur
1982 Referenzplattform für Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe
1983 dreistellige Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. In der
1984 Siemensstadt 2.0. wird gezeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit Leben gefüllt
1985 werden kann.

1986 **Berlin für Fachkräfte attraktiv halten**

1987 Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen.
1988 Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive
1989 gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung sind
1990 dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte
1991 Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von Fachkräften.

1992 Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten
1993 macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen
1994 wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Zugleich gilt es die Anstrengungen zur
1995 Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen akademischer und
1996 beruflicher Bildung zu stärken. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren
1997 und die Kooperation zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

1998 **Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten**

1999 Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die
2000 rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung
2001 Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und
2002 Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs
2003 wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen
2004 umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und
2005 werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt
2006 werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu unterstützen, werden
2007 landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn
2008 weitergehen und Druck machen.

2009 **Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit**

2010 Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der Schutz der
2011 natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben die
2012 Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren auch sozialer und ökologischer gemacht und die

2013 Förderinstrumente der Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der
 2014 Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig gesunken.
 2015 Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die
 2016 Energiewende Lösungen entwickeln. Dass Tesla auf die Hauptstadtregion setzt, ist kein
 2017 Zufall: Klimaschutz ist ein Motor der Berliner Wirtschaft geworden.

2018 Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit“ wollen wir noch mehr Anreize setzen.
 2019 Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor*innen wollen wir sicherstellen, dass
 2020 mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert wird.

2021 Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie die
 2022 solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des Landes haben. Wir unterstützen sie
 2023 mit festen Partner*innen in der Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in
 2024 Zusammenarbeit Strategien für ihre optimale Förderung – von einem sozialen
 2025 Innovationszentrum über Beratung bis hin zum Austausch. Damit haben wir begonnen, diesen
 2026 Wirtschaftszweig endlich aus der Nische zu holen!

2027 **Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner*innen**

2028 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
 2029 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Wir
 2030 wollen bezahlbare, stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die
 2031 Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für
 2032 gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des
 2033 ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns
 2034 auch die Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit
 2035 einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich klimaneutral
 2036 werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns verbindliche Ziele zu
 2037 Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur nachhaltigen IT und zur Umsetzung von
 2038 Klimaneutralität.

2039 Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir
 2040 weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und der Gemeinwohl-Bilanz
 2041 inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen Unternehmen sollen noch
 2042 stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

2043 **Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil**

2044 Nicht alle Berliner*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in der
 2045 Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier ihre Ideen, ihren
 2046 unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können, haben wir Austausch und
 2047 Seminare für Gründer*innen of Color an der IBB eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis
 2048 „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“. Diese Unterstützung und
 2049 Sichtbarmachung wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme
 2050 verstärken.

2051 Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und Vernetzung von
 2052 Frauen. Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und
 2053 Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen
 2054 wir die Weiterbildung von Frauen mit dem konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition
 2055 einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen.

2056 **4.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue Wege**

2058 Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen wollen sich
 2059 einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für Erziehungs- und

2060 Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu verschönern. Wir wollen all
2061 das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und
2062 gute Arbeitsbedingungen Sicherheit geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter
2063 prekären Verhältnissen arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist
2064 gesellschaftliche Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch
2065 Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die Missstände
2066 angegangen.

2067 **Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag**

2068 Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem Vergabemindestlohn haben wir
2069 große Schritte nach vorne gemacht. Während der allgemeine Mindestlohn unter der 10-Euro-
2070 Schallmauer festhängt, sind in Berlin 12,50 Euro in Landesunternehmen und bei öffentlichen
2071 Ausschreibungen die verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für einen
2072 Auftrag ist nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden den
2073 Landeszuschuss für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“
2074 verknüpfen und die Mittel dafür anheben. In Musik- und Volkshochschulen haben wir mehr
2075 Lehrkräfte fest angestellt. Tarifsteigerungen in Kultureinrichtungen haben wir als
2076 strukturellen Mehrbedarf anerkannt und finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im
2077 Kulturbereich ist Berlin bundesweit Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir
2078 neue Stellen geschaffen und viele Kolleg*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem
2079 Ende der Legislaturperiode werden Beamt*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer
2080 Bundesländer erreichen. Als es darum ging, die Erzieher*innen besser zu bezahlen, haben wir
2081 Bündnisgrüne dafür gesorgt, dass die Erhöhung über den gemeinsamen Tarifvertrag der
2082 Bundesländer erfolgte statt über eine monatliche Zulage. Die Erhöhung der Stufen im
2083 Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn anders als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und
2084 beugen somit Altersarmut vor.

2085 Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel – wir wollen
2086 weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur, eine strenge Durchsetzung
2087 von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe.

2088 **Neue Wege in Arbeit ebnen**

2089 Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch grüner
2090 Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die nicht jeden Job
2091 bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell durch Alter oder Rassismus
2092 Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns
2093 besonders fokussieren.

2094 Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Möglichkeiten, Menschen, die lange
2095 keiner Erwerbsarbeit nachgegangen sind, den Wiedereinstieg zu ermöglichen – im öffentlich
2096 geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen, die zu ihrer sozialen Verantwortung
2097 stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-
2098 Programm“ ergänzen. Derzeit werden 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt,
2099 leider nur im Rahmen zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum
2100 Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf Landesebene
2101 ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll verschränken, statt
2102 Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
2103 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
2104 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

2105 **Alleinerziehende in Arbeit bringen**

2106 Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen
2107 Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in

2108 Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur eigenständigen Weiterbildung umfasst. Ziel ist, daraus
 2109 ein berlinweites Programm zu entwickeln, vergleichbar mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und
 2110 Integration von Alleinerziehenden in Arbeit“, das in Bremen erfolgreich ist. Die
 2111 Einzelheiten des Programms wollen wir gemeinsam entwickeln – mit Arbeitgeber*innen und
 2112 Gewerkschaften, den Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und
 2113 Beschäftigungsträgern unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote
 2114 für andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

2115 **Ausbeutung bekämpfen**

2116 Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht akzeptieren.
 2117 Häufig sind Migrant*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb der EU, Opfer dieser
 2118 Machenschaften. Sie schufteten auf Baustellen, in Hotels oder werden sexuell ausgebeutet,
 2119 häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne Krankenversicherung oder Anspruch auf
 2120 Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir Einhalt gebieten. Viele zivilgesellschaftliche
 2121 Organisationen leisten hier wertvolle Arbeit. Häufig sind es Migrant*innen-Selbst-
 2122 Organisationen, die Unterstützung geben und Missstände aufdecken. Wir wollen diese Arbeit
 2123 verstärken, indem wir Beratungsstellen sicher finanzieren und vernetzen, auch mit
 2124 Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten und
 2125 Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

2126 **4.3 Familien – Verantwortung für Klein und Groß**

2127 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind Alleinerziehende, Großfamilien,
 2128 Ehepaare mit ihren Kindern, Allein- oder getrennt Erziehende, Patchwork-Familien in all
 2129 ihrer Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von
 2130 ihren Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder
 2131 geflüchtete Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder
 2132 für die Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

2133 **Kinderrechte stärken: Wahlalter senken**

2134 Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene,
 2135 gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen.
 2136 Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung
 2137 erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt
 2138 einzubeziehen.

2139 Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen
 2140 nicht ausgeschlossen werden. Deshalb muss das Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum
 2141 Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.

2142 **Gleichberechtigung heißt neue Chancen für Frauen, Männer und Familien**

2143 In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit,
 2144 stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und Altersarmut. Für mehr
 2145 Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf Bundesebene strukturelle
 2146 Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein
 2147 Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch weibliche“ Berufe müssen finanziell
 2148 aufgewertet werden.

2149 Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht. Als Hauptstadt
 2150 der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht
 2151 nehmen. In Berlin werden wir das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um
 2152 Diskriminierung abzubauen.

2153 Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort häufig: Zeit.
2154 Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der
2155 Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und
2156 Nerven. Mit unserem Familienförderungsgesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro
2157 einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist,
2158 sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können. Nicht
2159 Eltern sollen für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
2160 Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen
2161 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und
2162 Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

2163 **Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin**

2164 Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht
2165 zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht
2166 nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen,
2167 flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken
2168 und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die
2169 Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche
2170 Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen
2171 Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte
2172 Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-
2173 Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch
2174 in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

2175 **Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren**

2176 Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und Hilfsangebote
2177 bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Schon mit dem letzten
2178 Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf allen Geburtsstationen auf
2179 den Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-,
2180 Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

2181 Es gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen
2182 und Familien arbeiten: Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie Familienzentren oder
2183 Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin beraten bereits jetzt über die
2184 „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an
2185 Schuldner*innenberatung oder Mietrechtsberatung stetig wächst. Wir wollen die
2186 Familienzentren finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und
2187 sich – ähnlich wie die Early Excellence Centres in England – hin zu Orten zu entwickeln, an
2188 denen Familien eine ganzheitliche Beratung erfahren.

2189 Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt
2190 Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
2191 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

2192 **Kinder mit Behinderung und ihre Familien fördern**

2193 Familien, die Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten großziehen, stehen
2194 häufig vor mehr und größeren Herausforderungen als andere Familien ohnehin schon. Sie zu
2195 unterstützen liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen deshalb den öffentlichen
2196 Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen
2197 mit besonderen Einschränkungen und des Gesundheitswesens für von Behinderung betroffene oder
2198 bedrohte Kinder. Dies brauchen wir genauso für pflegende Kinder und Jugendliche, die sich
2199 neben ihrer schulischen Ausbildung um ihre Eltern kümmern und damit häufig viel mehr
2200 Verantwortung übernehmen als Gleichaltrige.

2201 **Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter*innen**

2202 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Es ist
 2203 dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige
 2204 Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Dass Sozialarbeiter*innen
 2205 wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist
 2206 richtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der
 2207 hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar
 2208 noch nicht weiß, ob er*sie weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der
 2209 Kinder konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien langfristige Beziehungsarbeit ist,
 2210 wollen wir mehr Einrichtungen dauerhaft finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der
 2211 Stadtteilmütter ist dabei für uns Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und
 2212 Familienförderung, die nach § 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen
 2213 rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden.
 2214 Das Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen
 2215 Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte Familienförderungsgesetz werden
 2216 wir dazu umsetzen.

2217 **Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht**

2218 Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen
 2219 dabei im Zentrum. Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen
 2220 werden wir durch Ausbau von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit
 2221 verbessern und mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle
 2222 Täter*innen werden wir ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die
 2223 spezifischen Bedarfe von LSBTIQ* legen und die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten.

2224 Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und familiengerichtlichen
 2225 Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden wir die beteiligten Fachkräfte
 2226 weiterbilden und Jugendämter personell so gut ausstatten, dass sie sich an den Verfahren
 2227 beteiligen können. Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir
 2228 ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir durch einen weiteren Ausbau des
 2229 Childhood-Hauses an der Charité institutionalisieren.

2230 **4.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen für alle Kinder**

2232 Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns höchste Priorität.
 2233 Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen, sich individuell und
 2234 spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine entscheidende Phase für die
 2235 Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

2236 **Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder**

2237 Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen leisten Großartiges, und das unter häufig
 2238 schwierigen Bedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die für Kinder da sind.
 2239 Doch viel zu oft sind Erzieher*innen-Stellen in Kitas unbesetzt, und durch Krankheit und
 2240 Urlaub der Kolleg*innen kommt es immer wieder zu Engpässen. Denn in der gesetzlichen
 2241 Personalausstattung sind Urlaube oder durchschnittliche Krankheitstage nicht mit
 2242 eingerechnet. Wir fordern deshalb, dass die Personalausstattung dahingehend erweitert wird,
 2243 dass sie die differenziertere Kind-Fachkraft-Relation berücksichtigt und dass dabei zum
 2244 Beispiel Krankheits- und Urlaubszeiten sowie Fortbildungszeiten zusätzlich mit
 2245 hinzugerechnet werden, so dass sich die realen Bedingungen in den Kitas besser abbilden
 2246 lassen. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen
 2247 Erkenntnissen orientieren. Um alle Stellen tatsächlich besetzen zu können, brauchen wir mehr
 2248 gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf attraktiver werden.

2249 Deshalb ist gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von
2250 Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute
2251 Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare
2252 pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in die Berechnung des
2253 Personalbedarfs einbeziehen. Denn nur wenn Erzieher*innen ausreichend Zeit für ihre Arbeit
2254 haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und nicht zuletzt auch für
2255 sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir den Quereinstieg in den
2256 Beruf der Erzieher*in weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten schon jetzt in Kitas
2257 einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen Perspektiven den
2258 Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht selbst noch Anleitung
2259 und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in den Kitas hierfür Zeit
2260 zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von Quereinsteiger*innen muss sich bei der
2261 Berechnung der Personalstunden entsprechend niederschlagen.

2262 **Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang**

2263 Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer wieder fortzubilden, sind Voraussetzung
2264 für Qualität. Wir haben in den vergangenen Jahren die Ausbildungskapazitäten an den
2265 Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das Schulgeld abgeschafft. Wir
2266 wollen aber noch einen Schritt weitergehen und die Ausbildung – wie in anderen
2267 Ausbildungsberufen üblich – entlohnen. Um die Fachschulen weiter zu verbessern, wollen wir
2268 mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und Theorie
2269 stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen wir die Ausbildung
2270 als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir wollen Erzieher*innen
2271 deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen zu erlangen als auch
2272 Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur Mitarbeiterführung zu belegen,
2273 denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den steigenden Bedarf an gut
2274 ausgebildeten Kitaleitungen decken.

2275 **Mehr Qualität in Berlins Kitas**

2276 Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es
2277 geht um Vernetzung, voneinander im Alltag zu lernen, neue Konzepte, Monitoring und mehr
2278 Elternzusammenarbeit und deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für das
2279 Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das
2280 Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser
2281 ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim
2282 Einsatz von digitalen Medien in der frühkindlichen Bildung.

2283 **Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten**

2284 Das zweite Nadelöhr ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde
2285 Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und
2286 Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine
2287 Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Außerdem
2288 wollen wir in Zukunft alle Träger bei der Suche nach Flächen und Räumen unterstützen, u. a.
2289 mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und einem Neubauinvestitionsprogramm. In
2290 Zusammenarbeit mit IHK, HWK und den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung
2291 von Betriebs-Kitas gezielt angehen.

2292 Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig.
2293 Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen
2294 Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es wenige und die Hürden
2295 sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter zugänglich machen.

2296 **Sprachförderung und Vielfalt in der Kita**

2297 Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als
2298 auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ wollen wir
2299 ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“ systematisch die Ausweitung der
2300 Sprachförderung in allen Kitas angehen. Stark in die Gesellschaft starten heißt auch, dass
2301 Kinder ihre Rechte kennen. Die Verankerung der Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins
2302 als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst
2303 auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuwirken – denn auch Kinder haben Vorurteile;
2304 Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits Kinder im Kitaalter bringen gewisse
2305 eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass vorurteilsbewusste Bildung und
2306 Erziehung ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend
2307 aus- und fortgebildet werden und sich die Vielfalt der Gesellschaft auch im Personal der
2308 Kita widerspiegelt.

2309 **Schutz von Kindern vor Missbrauch**

2310 Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von
2311 Kindesmissbrauch, die jüngst Schlagzeilen gemacht haben, zeigen den Handlungsbedarf. Wir
2312 werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche
2313 Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng
2314 zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das
2315 zu verbessern, wollen wir auf Landesebene konkrete Vorgaben zur Zusammenarbeit erarbeiten.

2316 **Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche**

2317 Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum brauchen wir
2318 ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher Betreuungsqualität.
2319 Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür auszubilden muss deshalb eine hohe
2320 Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus den Zugang zu einem Kitaplatz erleichtern, indem
2321 wir den Kita-Navigator, der eine Übersicht über freie Kitaplätze liefern soll,
2322 weiterentwickeln. Damit schaffen wir eine zentrale Plattform, auf der Angebot und Nachfrage
2323 nach Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent dargestellt werden. Wir wollen, dass
2324 Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von Plätzen für Oberschulen – zentral ihre
2325 Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können und auch über dieses Portal mitgeteilt
2326 bekommen, in welcher Kita sie einen Platz bekommen. Die Kitas haben weiterhin die
2327 Möglichkeit, Eltern und deren Kinder kennen zu lernen und aufgrund ihrer eigenen Kriterien
2328 zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen – sie würden lediglich nicht mehr selbst die
2329 Eltern informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit sparen, da im jetzigen System viele
2330 Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders schon einen Platz haben, und auch
2331 für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen damit endlich der Vergangenheit
2332 angehören.

2333 Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien
2334 zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt wird. All das
2335 erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildeten Erzieher*innen und guten Räumen. Es
2336 war ein richtiger Schritt, Kitas und Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist
2337 ein Grundrecht, hier darf es keine Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf
2338 gedrungen, mehr in Qualität zu investieren – hier bleibt leider noch viel zu tun.
2339 Ausreichend Plätze und gute Qualität sind die zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

2340 **4.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere 2341 Bildungschancen**

2342 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und für beste
2343 Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den Bedürfnissen von Kindern
2344 orientieren. Corona hat gezeigt, dass Kinder mehr benötigen als das Vermitteln von Wissen.

2345 Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu kennen, soziales Miteinander und
 2346 Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine neue Kultur des
 2347 Lernens, in der nicht Defizite, sondern Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Und wir wollen
 2348 Klassen, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

2349 Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine
 2350 stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude
 2351 ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen.
 2352 Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie
 2353 möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes
 2354 gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen.

2355 **Mitbestimmung statt Mitsprache**

2356 Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim Experimentieren
 2357 lernen. Deshalb wollen wir spielerischem Lernen und Eigenverantwortung deutlich mehr Platz
 2358 im Schulalltag einräumen. Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem
 2359 kompetenzbasierten Lernfeedback überzugehen. Wir unterstützen Schüler*innen-Haushalte und
 2360 wollen, dass Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen können, zum Beispiel bei der
 2361 Mitgestaltung ihrer Schulen und Kieze.

2362 **Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen**

2363 Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über
 2364 Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariate bis zu
 2365 Quereinsteiger*innen aus verschiedensten Fachrichtungen. Schule so als Team vielfältiger
 2366 Professionen auf Augenhöhe aufzustellen entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des
 2367 Lernens. Diversität im Team Schule ist für uns ein wichtiges Ziel. Die breite
 2368 Lebenserfahrung und diverse kulturelle Hintergründe von Quereinsteiger*innen sind hierbei
 2369 ein Gewinn. Um sie für unsere Schüler*innen nutzbar zu machen, verbessern wir den Zugang von
 2370 Menschen aus anderen Fachrichtungen zum Schuldienst. Die Arbeitszeiten von Lehrkräften
 2371 sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen, Fortbildungen und Supervision lassen. Bei
 2372 steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen wollen wir zudem die Stundendeputate
 2373 verringern und die Größe von Klassen verkleinern.

2374 Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir ausbauen,
 2375 genau wie die berufsbegleitende Ausbildung von Quereinsteiger*innen. Die Wissensgesellschaft
 2376 von morgen braucht Lehrkräfte und diese müssen heute ausgebildet werden. Und zwar auch als
 2377 Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen, damit Schüler*innen auch
 2378 ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen können.

2379 **Schulen bauen – am besten aus Holz**

2380 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen ungefähr 60
 2381 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die HOWOGE als effiziente
 2382 Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt. Holzbau steht schneller, ist umweltfreundlicher
 2383 und flexibler. Darauf setzen wir. Wir wollen nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem
 2384 gesamten Kiez offenstehen: Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der
 2385 Schulgarten zum gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten
 2386 Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie
 2387 wenig Platz im öffentlichen Raum für Kinder zur Verfügung steht. Um das zu ändern, sollen
 2388 Schulhöfe auch am Wochenende offen sein und einen Ort der Begegnung im Kiez bieten. Es
 2389 braucht großzügige und multifunktionale Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur Nutzung der
 2390 Räume und finanzielle Mittel zur Anstellung von Hausmeister*innen und organisatorischer
 2391 Unterstützung.

2392 Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum setzen wir uns
2393 schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung verbessert, und freuen
2394 uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch BVV-Beschlüsse Rückenwind bekommen hat.
2395 Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen kämpfen wir für eine saubere,
2396 gemütliche Lernumgebung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung
2397 grundlegend neu aufgestellt, in einem ersten Schritt durch höhere Qualitätsstandards bei der
2398 Ausschreibung. In einem zweiten Schritt prüfen wir, wie das Ziel der vollständigen
2399 Rekommunalisierung der Schulreinigung bis 2026 umgesetzt werden kann.

2400 **Schule for future!**

2401 Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach Klimagerechtigkeit
2402 müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch klimaneutral werden. Deswegen haben wir
2403 damit begonnen, Schuldächer mit Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und
2404 Regenwasser aufzufangen. Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun
2405 kostenlosen Mittagessen in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir
2406 wollen ein echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen, Gebäude mit hohen Öko-Standards, das
2407 Querschnittsthema Nachhaltigkeit und Fragen der Umwelt- und Naturbildung deutlich stärker
2408 verankern. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und Botanischem Garten und
2409 Naturkundemuseum fördern, um Natur- und Nachhaltigkeitsbildung an den Schulen anschaulich zu
2410 verankern.

2411 **Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz**

2412 Berlins Kinder sind mehrsprachig und haben damit vielen Altersgenoss*innen gegenüber einen
2413 unschätzbaren Vorteil. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das wollen wir deutlicher
2414 anerkennen und Unterricht in Herkunftssprachen ausbauen. Damit Schüler*innen Vielfalt und
2415 Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir deutlich mehr
2416 Schwarze Lehrkräfte und Lehrkräfte of Color gewinnen. Außerdem achten wir die Urteile des
2417 Bundesverfassungsgerichts und werden das Berliner Neutralitätsgesetz abschaffen. Dabei
2418 fangen wir mit den Schulen an. Wir wollen klare Beschwerdewege im Fall von Diskriminierung
2419 an Schulen schaffen, Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, die über Rassismus,
2420 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus aufklären, und im Lehrplan eine kritischere
2421 Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Stereotypen verankern.

2422 **Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen**

2423 Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler*innen: das Abc,
2424 Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett neuen Umgebung. Damit
2425 das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt, wollen wir mit unserer
2426 „Qualitätsoffensive Grundschule“ an allen Berliner Grundschulen für bessere Lernbedingungen
2427 sorgen und insbesondere dort, wo die Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel
2428 für Funktionsstellen zur Weiterentwicklung der Schule, und zusätzliche Verwaltungsstellen in
2429 die Hand nehmen und Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

2430 Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen Kiezen
2431 Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen, beeinflussen und
2432 bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit wollen wir verbindlich für alle
2433 Kinder gleichermaßen verankern. Wer sich in Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt,
2434 weiß, dass es hoch kompetitiv zugeht. Beherrzter Schulneubau und eine Personalplanung mit
2435 Reserven sollen dies in Zukunft abmildern. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten an
2436 den bislang grundständigen Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab der
2437 siebten Klasse. Um den Prozess der Schulwahl fairer zu gestalten und die soziale Mischung zu
2438 stärken, wollen wir mindestens 50 Prozent der Plätze an Schulen mit Übernachtung im
2439 Losverfahren vergeben und prüfen, wie durch die Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren

2440 die Heterogenität an Schulen verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht werden kann.
2441 Damit stärken wir die freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem Notenschnitt.

2442 Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen die
2443 besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Deshalb werden wir eine zielgenaue
2444 Unterstützung für Schulen in schwieriger Lage entwickeln. Dazu gehört auch guter Ganzttag,
2445 der mehr ist als Betreuung. Dafür wollen wir den Ganzttag sozialräumlich im Kiez verankern
2446 und Kooperationen fördern sowie den Personalschlüssel im Ganzttag erhöhen, um ihn zu einer
2447 echten Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Mit der
2448 Öffnung in den Kiez soll Schule auch zum Ankerpunkt für Eltern werden – damit Lehrer*innen
2449 und anderes pädagogisches Personal in engem Austausch mit Eltern stehen und ihre Perspektive
2450 einbinden sowie auf der anderen Seite Eltern beratend zur Seite stehen.

2451 Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens vor Augen haben wir hart dafür gearbeitet,
2452 dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als eine der vier
2453 Regelschulen definiert wurde. Die Umwandlungen und Neugründungen von qualitativ hochwertigen
2454 Gemeinschaftsschulen wollen wir gezielt unterstützen, zum Beispiel mit finanziellen Mitteln
2455 für den Fusionsprozess oder beim Aufbau einer Oberstufe.

2456 Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen Verantwortung für alle
2457 Kinder. Wir wissen um die Belastung für Kinder durch das Probejahr und das Abschulen.
2458 Deshalb werden wir beides durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen
2459 Kindes im Blick haben, so dass alle auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass
2460 alle Kinder, die einmal auf einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum
2461 sollen Gymnasien künftig nicht nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle Schüler*innen
2462 an ihrer Schule so unterstützen und fördern, dass diese ihren Abschluss machen werden. Alle
2463 Gymnasien sollen nach denselben Regeln, die auch die Integrierte Sekundarschule oder die
2464 Gemeinschaftsschulen anwenden, Kinder mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue
2465 Anforderungen an Gymnasien stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und
2466 befähigen.

2467 Grüne Bildungspolitik setzt zuerst auf ein starkes öffentliches Bildungsangebot.
2468 Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin einen
2469 wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative und innovative Lernformen aus.
2470 Erfolgreiche Konzepte wollen wir deutlich stärker in öffentliche Schulen tragen. Um die
2471 Heterogenität unter den Schüler*innen zu stärken, wollen wir mit Schulen in
2472 nichtöffentlicher Trägerschaft zusammen daran arbeiten. Um den Zugang für Kinder aus
2473 Familien mit Transferleistungen zu erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen
2474 Beiträgen befreien. Die Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll
2475 künftig stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln.

2476 **Berufliche Bildung ist genauso viel wert wie Allgemeinbildung**

2477 Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung positionieren und so
2478 durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Zusammen mit Ausbildungspartner*innen
2479 wollen wir im Rahmen von Lernwerkstätten und Projekttagen praktische, berufliche Angebote an
2480 allen Schulen als Regelangebote etablieren. Die Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir stärken.
2481 Sie bieten nicht nur den Übergang zur Berufsausbildung und leisten den schulischen Teil der
2482 dualen Ausbildung, sondern bieten auch die Chance, Schulabschlüsse nachzuholen und sind in
2483 der Integration von geflüchteten und zugewanderten Schüler*innen äußerst erfolgreich. Der
2484 Zugang zu wissenschaftlicher Hochschulbildung steht sowohl Menschen mit einer allgemeinen
2485 Schulbildung als auch jenen mit einer Berufsausbildung offen.

2486 Kein*e Jugendliche*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen
2487 uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ohne Anschlussperspektive ein,

2488 das in den Oberstufenzentren angeboten wird. Auch wer eine Ausbildung abbricht, soll durch
 2489 die Jugendberufsagentur so lange begleitet werden, bis eine neue Perspektive gefunden wurde.
 2490 Und vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem
 2491 sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen
 2492 eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht
 2493 eigenständig erschlossen haben.

2494 **Digitale Lernkultur und Digitalkompetenz in Berlins Schulen fördern!**

2495 Wir haben erlebt, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf gestellt hat. Dabei wurde vor
 2496 allem deutlich, wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen
 2497 müsste doch eigentlich längst Alltag sein! Wir wollen Schulen dabei unterstützen,
 2498 datenschutzkonforme und zugleich spielerische Programme, Apps und Lernsoftware mit dem
 2499 Unterricht zu verzahnen und digitale Lernkonzepte im Unterricht zu verankern. Wichtig ist,
 2500 dass Kinder und Jugendliche verstehen, wie Algorithmen funktionieren, wie programmieren
 2501 funktioniert, welche Chancen, aber auch Gefahren und Möglichkeiten zur Manipulation durch
 2502 das Internet entstehen. Kinder und Jugendliche brauchen ein solides Fundament an
 2503 Medienkompetenz und soziale Einbettung, um sicher und selbstständig digital zu lernen. Dazu
 2504 wollen wir Lehrkräfte fortbilden, die IT-Unterstützung für alle Schulen ausbauen, jede
 2505 Schule soll ein leistungsstarkes Glasfasernetz, WLAN, Laptops und andere Endgeräte für
 2506 Schüler*innen und Lehrkräfte erhalten. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die
 2507 Gelder aus dem Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner
 2508 Schulen fließen. Neben den IT-Administrator*innen, die sich um die Technik kümmern, wollen
 2509 wir den Schulen sogenannte EdTech Coaches zur Verfügung stellen, die die Kolleg*innen bei
 2510 der Integration von webbasierten Medien in ihren Unterricht unterstützen. Außerdem werden
 2511 wir die Fortbildung zu einer Art EdTech Coach für Schüler*innen weiter ausbauen und ein
 2512 Digitalinstitut für den Austausch von Best Practices in Schulen und mit den bezirklichen
 2513 Medienkompetenzzentren etablieren. Und es braucht mehr Forschung: Was ist gutes webbasiertes
 2514 Lernen? Was funktioniert in welcher Altersgruppe? Nur mit dieser Grundlage kann digitale
 2515 Bildung der Zukunft gelingen.

2516 **4.6 Unabhängig Wissen schaffen – gute Bedingungen für** 2517 **die Berliner Hochschulen**

2518 Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie können Antworten auf zentrale
 2519 Herausforderungen unserer Stadt liefern und helfen unsere Gesellschaft besser zu verstehen.
 2520 Dafür stärken wir unsere vielfältige Berliner Wissenschaftslandschaft aus Universitäten,
 2521 Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und freien
 2522 Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern den Dialog
 2523 zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur Stadtgesellschaft wollen
 2524 wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche Bildung für alle als Teil des
 2525 lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden Mittel für neue Formate bereitstellen und das
 2526 WissenschaftsForum am Gendarmenmarkt ausbauen.

2527 **Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren**

2528 Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber transparent und
 2529 bedarfsgerecht umgestalten. Der Sockelbetrag soll deutlich steigen, um Lehre und Forschung
 2530 in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer berlinweiten Strukturplanung, welche die
 2531 Diversität der Berliner Hochschullandschaft widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg
 2532 wollen wir Kooperationen stärken. Besonders werden wir darauf achten, den Weg zu besseren
 2533 Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen von den
 2534 Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir deutlich mehr Dauerstellen im Mittelbau
 2535 schaffen und einen berlinweiten Codex für gute Arbeit in der Wissenschaft vereinbaren. Im
 2536 Dialog mit den Hochschulen wollen wir ein finanzielles Anreizsystem für gute Leistungen in

2537 der Lehre entwickeln, um der Lehre und der Forschung gleichermaßen Rechnung zu tragen.
2538 Ergänzen wollen wir dies mit einem Transparenzregister für drittmittelfinanzierte Forschung,
2539 um Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche wie die Zivilklausel tatsächlich
2540 umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch, Tierversuche (im Sinne von 3R) durch
2541 Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

2542 **Selbstverwaltung als Grundprinzip**

2543 Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der gleichberechtigten
2544 Selbstverwaltung von Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Studierenden und
2545 Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und Medizin. Wir wollen die
2546 Partizipationsmöglichkeiten aller dieser Statusgruppen innerhalb der Hochschulen stärken und
2547 in einem modernen Hochschulgesetz festschreiben. Dafür werden wir ein viertelparitätisches
2548 Grundordnungsgremium, das über die Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der
2549 Hochschule beschließt, einführen. Neu zu schaffende Hochschulreferate unterstützen die
2550 qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder.

2551 **Zugang zu Hochschulen öffnen**

2552 Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung an Berlins
2553 Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden Beratungen
2554 für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den Service rund ums
2555 Studium, wie studentisches Wohnen und die Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste
2556 aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium sowie flexibles
2557 Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich einführen. Wir kämpfen für eine
2558 Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit für den
2559 eigenen Bildungsweg eröffnet. Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung von Frauen und
2560 Männern bauen wir weiter aus. Mit neu zu schaffenden Diversity-Beauftragten und der
2561 stärkeren Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden
2562 personellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und fit für die
2563 diverse Gesellschaft.

2564 **Berliner Hochschullandschaft vernetzen**

2565 Die reiche Berliner Hochschullandschaft kommt erst richtig zum Tragen, wenn wir die
2566 Hochschulen auch in der Lehre zusammendenken. Wir wollen Studierenden neue Möglichkeiten
2567 eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein berlinweites Angebot von frei
2568 wählbaren und als Leistung anzurechnenden Lehrveranstaltungen. Die Durchlässigkeit zwischen
2569 den Hochschultypen, seien es Fachhochschulen oder Universitäten, wollen wir ausbauen. Die
2570 damit einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes,
2571 transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

2572 **Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen**

2573 Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie
2574 zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei Forschung und Lehre. Wir
2575 wollen den Investitionsstau bei den Berliner Hochschulen auflösen und stellen dabei
2576 energetische Sanierung, Klimaneutralität und Digitalisierung ins Zentrum. Die Innovationen
2577 der Berliner Nachhaltigkeitsforschung wollen wir mit den kreativen Potentialen der
2578 Stadtgesellschaft zusammenbringen. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und Daten
2579 transparent anderen Wissenschaftler*innen und der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollen
2580 sich daher im Rahmen unserer „Open Science Strategie“ ebenso wie digitale Lehr- und
2581 Lernformate positiv auf die Finanzierung der Hochschulen auswirken und landesseitig durch
2582 die erforderliche Infrastruktur sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert
2583 werden. Mit einem eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen
2584 Bibliotheken beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der

2585 Schnittstelle von Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die
 2586 Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie Klima-, Daten- und damit
 2587 Verbraucherschutz, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ressourcenverbrauch
 2588 verbinden. Zudem wollen wir die Plurale Ökonomie stärken, um eine Lehre von vielfältigen
 2589 Theorien der Wirtschaftswissenschaften nebeneinander zu ermöglichen.

2590 **4.7 Mehr als Nullen und Einsen – Berlins Zukunft ist** 2591 **digital**

2592 Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten. Die
 2593 Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen
 2594 Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch viele größere Unternehmen
 2595 schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse
 2596 zur Digitalisierung der eigenen Geschäftsmodelle geben.

2597 Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark,
 2598 sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Nirgends sonst in
 2599 Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die Energiewende Lösungen
 2600 entwickeln.

2601 Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem eine
 2602 Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen und die
 2603 digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem Mittelfeld zu schließen. Wir
 2604 erarbeiten aktuell eine neue Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung
 2605 in und für die Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und
 2606 wirtschaftliche Dynamik.

2607 **Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern**

2608 Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der Verwaltung und
 2609 der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur: Anstatt Verantwortung über
 2610 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht Berlin – wie viele europäische Städte –
 2611 eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und
 2612 Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen
 2613 Dienstleistungen. Ohne Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger*innen
 2614 und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy
 2615 by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
 2616 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
 2617 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
 2618 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
 2619 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
 2620 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

2621 Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in denen Verwaltung und Berlins
 2622 landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab bringen Landesunternehmen
 2623 Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und setzen erste Smart-City-Projekte um.
 2624 Essentiell ist es auch, im Bereich OpenSource-Coding und IT-Beratung eigene zentrale
 2625 Kompetenzen des Landes Berlin aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu bekommen, und nicht von
 2626 teuren Berater*innen abhängig zu sein.

2627 **Leistungsstarkes Breitband und freies WLAN jetzt**

2628 Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie dringend Berlin
 2629 flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar noch bevor 2025 der Breitband-
 2630 Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag für private Nutzer*innen meistens reichen,
 2631 für Schulen und die Digitalwirtschaft allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden

2632 Ausbau durch den Bund warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur*innen
2633 vernetzt. Wir treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter*innen voran. Wenn in
2634 Sachen Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe gebaut
2635 wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem Ziel „Glasfaser-
2636 Hauptstadt“ näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der
2637 Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.

2638 Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in Rathäusern, auf
2639 Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen.

2640 **Open Data**

2641 Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation. Voraussetzungen für
2642 eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen und Plattformen, Standards und
2643 gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen) sowie Richtlinien für den
2644 verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-Governance).

2645 Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen allerdings noch
2646 mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind Antreiber der Wirtschaft im digitalen
2647 Zeitalter. Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu verstehen, neue Dienste für
2648 Bürger*innen zu entwickeln und Geschäftsideen zu initiieren. Wir wollen dazu in allen
2649 Verwaltungen Datenlots*innen etablieren, die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und
2650 Open Data fortgebildet werden, und dass so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in
2651 allen Teilen der Verwaltung ausgebaut wird. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr
2652 einheitliche Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem Nutzen und
2653 kreativen Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen ein Berliner
2654 Transparenzgesetz.

2655 **Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance**

2656 Datenschutz ist kein einfaches Thema und in der Verwaltung, bei Unternehmen und
2657 Privatpersonen fehlt es oft an Wissen über Rechte und Pflichten. Wir wollen bei der
2658 Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit deshalb eine Servicestelle
2659 Datenschutzberatung schaffen, die die Verwaltung unterstützt, an die sich aber auch
2660 Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen wenden können.

2661 Jede Maßnahme der Verwaltung produziert Daten – und muss deshalb einer
2662 Datenschutzfolgenabschätzung (DSFA) unterzogen werden, um Verbraucherschutz zu
2663 gewährleisten. Wir wollen dieses Verfahren partizipativer gestalten. In einem Pilotprojekt
2664 wollen wir 100 dieser DSFA-Verfahren aus allen Senatsverwaltungen öffentlich zugänglich
2665 machen. So entsteht ein Wettbewerb um weiter verbesserten Datenschutz, der die Ideen und die
2666 Anliegen der Öffentlichkeit einbezieht. So entstehen neue Chancen, die Vorteile der
2667 Digitalisierung mit Sicherheit der Daten verknüpfen.

2668 Immer wieder gibt es Angriffe und illegale Zugänge zu öffentlichen Datenbeständen. Wir
2669 wollen das Know-how der zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen und Unternehmen in
2670 Berlin bündeln, um solchen Angriffen besser entgegenzutreten. Wir wollen das Computer
2671 Emergency Response Team (CERT) zu einer unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit
2672 weiterentwickeln – und das in einem IT-Sicherheitsgesetz verankern.

2673 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

2674 **1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität**

2675 Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als auch im
2676 Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität auch nutzen, braucht es
2677 eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb bis 2022 über 2.000 zusätzliche

2678 Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern die Elektrifizierung der sogenannten letzten
2679 Meile im Wirtschaftsverkehr über lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür.

2680 **2. Klimafreundliche Landesunternehmen**

2681 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
2682 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Wir
2683 wollen stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der
2684 Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay
2685 in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und
2686 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir
2687 Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen mit konkreten
2688 Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner Landesunternehmen einen
2689 Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir verbindliche Quoten für
2690 Kreislaufwirtschaft und Holzbau beim Neubau unserer landeseigenen Wohnungsunternehmen
2691 vereinbaren.

2692 **3. „Berliner Chancen-Programm“ – Perspektiven für Langzeitarbeitslose**

2693 Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem „Berliner
2694 Chancen-Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen – die Möglichkeiten
2695 aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds und
2696 die Mittel aus dem derzeitigen Landesförderprogramm, über das ca. 1.000 Stellen gefördert
2697 werden. Wir machen Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken das
2698 Landesprogramm auf. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
2699 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
2700 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

2701 **4. Gute Kita – beste frühkindliche Bildung: mehr Personal, einfache Platzsuche**

2702 Für einen guten Start ins Leben ist frühkindliche Bildung essentiell. Kitas, in denen Kinder
2703 liebevoll betreut und individuell gefördert werden, sind dafür ein entscheidender Baustein.
2704 Wir wollen deshalb mit einer neuen Berechnungsgrundlage für den Personalschlüssel mehr
2705 Erzieher*innen in die Kitas bringen sowie mit mehr Nachdruck beim Kitaausbau und bei der
2706 Personalgewinnung dafür sorgen, dass alle Kinder in Berlin einen Platz an einer für sie
2707 passenden Kita in ihrem Kiez bekommen. Mit einem zentralen Tool zur Kitaplatzvergabe, das
2708 sowohl Eltern- als auch Kitawünsche weiterhin ermöglicht, gestalten wir die Kitaplatzsuche
2709 für Eltern und Kitas gleichermaßen wesentlich entspannter und effizienter.

2710 **5. Digitalisierung in Schulen vorantreiben**

2711 Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren, ist
2712 überfällig. Dafür brauchen alle Berliner Schulen dringend einen Glasfaseranschluss,
2713 funktionierendes WLAN sowie Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte. Das Land Berlin soll
2714 mit einem landeseigenen Unternehmen den Netzausbau selbst vorantreiben, damit alle Schulen
2715 ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Ein Digitalinstitut soll darüber hinaus die Arbeit
2716 der bezirklichen Medienkompetenzzentren und Schulen vernetzen und eine zentrale Steuerung
2717 der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen soll in den Unterricht
2718 integriert werden, damit Schüler*innen nicht nur den selbstständigen Umgang mit digitalen
2719 Tools und eigenständiges Lernen einüben, sondern auch fit gemacht werden im kritischen
2720 Umgang mit digital zur Verfügung gestellten Informationen und lernen, Fake News als diese zu
2721 erkennen. Digitalisierte Schule trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den Auftrag
2722 des Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger*innen zu erziehen, zu erfüllen.

K-5 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-5 Kapitel 5

2723 **5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit**

2724 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
2725 unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine
2726 Stadt, die der Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das
2727 Zusammenleben von Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das
2728 Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und
2729 Selbstbestimmung für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
2730 Strukturen der Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und
2731 Spaltung keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu
2732 gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen
2733 Gesellschaft. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben
2734 wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
2735 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Uns ist
2736 bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
2737 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus verlernen. Menschen, die in unserer
2738 Gesellschaft von Rassismus betroffenen sind, müssen sichtbar werden und zu Wort kommen
2739 können – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das wäre ein wichtiger
2740 Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

2741 **Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft**

2742 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
2743 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
2744 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
2745 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ unterstützen wir
2746 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
2747 Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter ausbauen und mit
2748 einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung
2749 der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker an politischen
2750 Entscheidungen beteiligen und dazu in allen Bezirken und auf Landesebene Bürger*innenräte
2751 etablieren, die sich temporär zu bestimmten Themen bilden und die gewählten
2752 Repräsentant*innen beraten.

2753 **Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen**

2754 Politik für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA – und wir sind erfolgreich.
2755 In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
2756 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Wir
2757 prüfen einen verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz, damit sich alle Parteien
2758 verpflichten, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu schicken, mit dem Ziel einer
2759 Ergebnisparität im Abgeordnetenhaus.

2760 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
2761 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das siebte Berliner
2762 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein achtes Frauenhaus, denn die

2763 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
2764 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
2765 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
2766 verabschiedet.

2767 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
2768 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
2769 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

2770 **Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

2771 Für uns ist klar, Feminismus geht nicht ohne Queer und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf
2772 gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung. Wir denken und handeln deshalb „intersektional“,
2773 indem wir die Verschränkungen verschiedener Diskriminierungsformen in den Blick nehmen. Und
2774 so verstehen wir auch unsere Queerpolitik. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen
2775 ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan,
2776 den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities
2777 erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann
2778 dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese
2779 gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen.

2780 **Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat**

2781 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
2782 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
2783 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
2784 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
2785 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen
2786 und gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
2787 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines
2788 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
2789 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
2790 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
2791 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
2792 Reihen schonungslos aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so
2793 entsteht Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der
2794 offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder linksradikale
2795 Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare
2796 gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des
2797 Grundgesetzes bewegen.

2798 Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror
2799 besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte
2800 Polizist*innen entschädigt und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge
2801 Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr
2802 und Polizei wurden deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr
2803 ist in der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und
2804 Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen.

2805 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
2806 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
2807 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
2808 im Allgemeinen Vollzugsdienst wieder erreicht, Richter*innen und Staatsanwält*innen
2809 eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der Justiz zusätzliche Räumlichkeiten
2810 geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn abzudrehen und Vermögen

2811 einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet.
 2812 Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass Lebensmittel nicht
 2813 verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes erfüllen. Um die
 2814 Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir Verbandsklagerechte
 2815 ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der Rechtsstaat ist das
 2816 Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

2817 **Kulturhauptstadt Berlin**

2818 Die Welt beneidet Berlin um seine Kunst- und Kulturszene – die freie Szene, die Clubkultur,
 2819 die vielen Museen, Kinos und Theater. Kunst und Kultur brauchen Freiheit, aber auch eine
 2820 auskömmliche öffentliche Förderung und hinreichend Räume. Infolge der Corona-Krise, durch
 2821 Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und
 2822 privater Kulturorte heute prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale
 2823 Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume
 2824 genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir
 2825 werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel
 2826 für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der
 2827 Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der
 2828 gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das
 2829 gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

2830 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
 2831 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
 2832 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbar werden. Für die
 2833 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
 2834 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und -
 2835 förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben.

2836 **Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen**

2837 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung.
 2838 Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von
 2839 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht
 2840 die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die LSBTIQ*-freien Zonen, die die rechte
 2841 Regierung Polens vorantreibt, sind ein dramatisches Beispiel dieser Entwicklung. Wir
 2842 arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und
 2843 setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die
 2844 Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein,
 2845 die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen,
 2846 die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufbauen zu können.
 2847 Wir machen Berlin im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten zu einer guten Heimat für all
 2848 diejenigen, die in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen.

2849 **5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen** 2850 **Diskriminierung**

2851 Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
 2852 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
 2853 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
 2854 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
 2855 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
 2856 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
 2857 und gegen Stigmatisierung. Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten
 2858 Diversity-Landesprogramm wird die Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von

2859 Vielfalt in der Verwaltung vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das
 2860 erste Bundesland, das eine eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die
 2861 Weichen in Richtung Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

2862 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
 2863 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
 2864 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
 2865 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
 2866 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
 2867 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
 2868 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
 2869 LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und Romnja* ebenso wie Kinder,
 2870 Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender Schutz vor
 2871 Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe, gerechte Repräsentation und
 2872 Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und staatlichen Institutionen.

2873 **Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen**

2874 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
 2875 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
 2876 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
 2877 identifiziert und abgebaut werden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)
 2878 wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und
 2879 Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm
 2880 stetig fortentwickeln. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren
 2881 Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.

2882 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
 2883 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
 2884 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
 2885 Zuschreibungen betroffenen Gruppen in der Verwaltung erreichen und konsequent die
 2886 Repräsentanz von Schwarzen Menschen und People of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung
 2887 durch positive Maßnahmen im öffentlichen Dienst fördern. Dabei streben wir eine Repräsentanz
 2888 entsprechend der Bevölkerung an und gehen aktiv auf die Stadtgesellschaft zu, um die
 2889 Berliner Verwaltung als Arbeitgeberin zu bewerben. Dabei machen wir uns eine intersektionale
 2890 Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von Menschen zu achten, die
 2891 in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch Sexismus,
 2892 Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
 2893 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
 2894 dies absolut notwendig ist.

2895 **Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen**

2896 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
 2897 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie,
 2898 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
 2899 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.

2900 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
 2901 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
 2902 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
 2903 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
 2904 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
 2905 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
 2906 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,

2907 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im Diversity-
 2908 Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
 2909 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
 2910 Antisemitismus, Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen
 2911 Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die
 2912 Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten,
 2913 um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln und
 2914 behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und der Justiz
 2915 untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt besonders für die
 2916 Ausbildung angehender Polizist*innen und Jurist*innen. Uns ist es wichtig, explizit die
 2917 Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind – u. a.
 2918 Schwarze Menschen, als türkei- und arabischstämmig wahrgenommene Menschen, Sintize* und
 2919 Romnja* –, bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

2920 **Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen**

2921 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
 2922 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
 2923 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken. Einbürgerungen wollen wir in allen
 2924 Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung gestalten; für Menschen, die seit Jahren
 2925 hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein Ausschlusskriterium
 2926 sein. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch
 2927 auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf
 2928 alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Damit schaffen wir eine
 2929 weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

2930 **Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken**

2931 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
 2932 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
 2933 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
 2934 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
 2935 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
 2936 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
 2937 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
 2938 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
 2939 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
 2940 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
 2941 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
 2942 Beispielsweise sollen Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Moscheegemeinden, Cem-Häuser, Synagogen
 2943 und Kirchengemeinden, die ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez
 2944 öffnen, gefördert werden.

2945 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
 2946 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
 2947 sehen. So wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der bundespolitischen
 2948 Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die Ablösung der
 2949 historischen Staatsleistungen treten.

2950 **5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die** 2951 **Hälfte der Macht den Frauen**

2952 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
 2953 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
 2954 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten

2955 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
 2956 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
 2957 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
 2958 verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz. Nur so erreichen wir langfristig eine faire,
 2959 geschlechtergerechte Politik.

2960 **Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen**

2961 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
 2962 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
 2963 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
 2964 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
 2965 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
 2966 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
 2967 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

2968 **Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin**

2969 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
 2970 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Wir haben dem trägen Gender-Budgeting-Prozess in Senats-
 2971 und Bezirksverwaltungen durch einen Haushaltsbeschluss einen neuen Impuls gegeben und
 2972 konnten erste Fortschritte erzielen. Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns
 2973 für ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Auch mit der Gründung
 2974 der Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige
 2975 Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen
 2976 machen zu können, wollen wir nun mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und
 2977 ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll
 2978 intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch
 2979 Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine
 2980 Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser
 2981 Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die
 2982 Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

2983 **Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben**

2984 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
 2985 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, Trans*, Inter*, Schwarze Frauen
 2986 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
 2987 Folgen für deren Gesundheit hat.

2988 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
 2989 dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
 2990 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achttes Frauenhaus. Auch die Beratung von
 2991 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
 2992 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
 2993 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
 2994 (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
 2995 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

2996 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
 2997 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
 2998 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
 2999 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
 3000 Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für
 3001 das Thema sensibilisiert.

3002 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
3003 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot weiter ausbauen und durch
3004 Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

3005 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen und nichtbinäre Personen nicht mehr von
3006 physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Der erste Schritt ist, Gewalt
3007 gegen Frauen als solche zu kennzeichnen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen
3008 wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen.
3009 Mit einer umfassenden Studie wollen wir Frauenfeindlichkeit in Berlin untersuchen, um mit
3010 den Ergebnissen langfristige Maßnahmen gegen misogynen Gewalt zu entwickeln. Gleichzeitig
3011 arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen Beratungsangeboten,
3012 Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten und die Vorgaben der Istanbul-
3013 Konvention konsequent umzusetzen. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen
3014 wollen wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

3015 **Selbstbestimmte Sexarbeit ermöglichen. Zwangsprostitution bekämpfen.**

3016 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
3017 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
3018 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
3019 und -versorgung nachbessern. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen
3020 von Sexarbeiter*innen einbezogen werden. Mit Blick auf bekannte Straßenstriche ist es
3021 unerlässlich, auch die Perspektiven von Anwohner*innen zu berücksichtigen. Der von uns unter
3022 rot-rot-grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen
3023 Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen.

3024 Es gibt Überschneidungen zwischen Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit und sexueller
3025 Ausbeutung als Teil der organisierten Kriminalität. In den letzten Jahren haben wir die
3026 Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und
3027 Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für
3028 Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein
3029 sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

3030 **Gesundheit – endlich geschlechtergerecht**

3031 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir verbessern. Dazu
3032 gehört, das Angebot an Frauenärzt*innen in allen Bezirken zu sichern und den Zugang zu
3033 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten. Gleichzeitig
3034 haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir in Kreißsäle
3035 investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht haben und mit
3036 einer digitalen Plattform die Hebammensuche erleichtern.

3037 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
3038 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
3039 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
3040 gezielt sowohl cis- als auch trans*-Frauen, nicht-binäre Personen und queere Personen in der
3041 medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe
3042 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von cis- wie
3043 von trans*-Frauen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.

3044 **Auftrag an die Bundesregierung**

3045 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
3046 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
3047 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den

3048 Gender Care Gap und den Gender Pay Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
3049 des Ehegattensplittings kämpfen wir auf Bundesebene.

3050 **5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

3051 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
3052 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
3053 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
3054 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
3055 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
3056 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden, zum
3057 Beispiel Schwarze oder muslimische queere Menschen. Für uns ist klar, queer geht nicht ohne
3058 Feminismus und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung –
3059 unsere Queerpolitik ist „intersektional“.

3060 **Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern**

3061 Wir haben die ganze Stadt im Blick und wollen, dass es in allen Bezirken queere
3062 Infrastruktur gibt. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote
3063 dazugekommen sind, sei es das erste queere Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn-
3064 und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere Bildung oder seit 2018 der Preis für
3065 lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese
3066 Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte
3067 und Beratungsstellen für queere Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach
3068 diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ* in
3069 allen Einrichtungen mitgedacht werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder
3070 Jugendclub – wir wollen, dass es Angebote für LSBTIQ* gibt. Einrichtungen vor Verdrängung zu
3071 schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe.

3072 **Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt**

3073 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
3074 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
3075 diskriminiert und tötlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
3076 Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in akuten
3077 Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen
3078 Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative
3079 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

3080 Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen,
3081 schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte
3082 Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele
3083 Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die
3084 Bezirke spielen in der Umsetzung eine wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen
3085 gestärkt werden, denn Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom
3086 Wohnort abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-
3087 Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und
3088 Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
3089 stärker gelebt werden können. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
3090 „Fachstelle queere Bildung“, die Initiative „Schule in Vielfalt“ und die Vielfaltsbroschüre
3091 für Kita-Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung.

3092 **Lesbische Sichtbarkeit stärken**

3093 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
3094 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Zudem werden wir eine

3095 wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben. Noch bis
 3096 Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine
 3097 lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses
 3098 dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

3099 **Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin**

3100 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
 3101 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
 3102 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen
 3103 ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können.
 3104 Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

3105 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in
 3106 denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir
 3107 die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen.
 3108 Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
 3109 allen öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive
 3110 der Anpassung aller Formulare.

3111 **Queere Rechte in Europa und weltweit**

3112 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
 3113 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
 3114 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
 3115 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-
 3116 freien Zonen in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen
 3117 aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30
 3118 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

3119 **5.4 Freiheit schützen und bewahren**

3120 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
 3121 Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie
 3122 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
 3123 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
 3124 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
 3125 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
 3126 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
 3127 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
 3128 des Rechtsstaates aufgegeben.

3129 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
 3130 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
 3131 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
 3132 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
 3133 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
 3134 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
 3135 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
 3136 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
 3137 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
 3138 Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
 3139 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
 3140 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
 3141 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
 3142 weiter.

3143 **Prävention ist der beste Weg**

3144 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
 3145 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Aufklärungs- und Beratungsangebote
 3146 sind dabei genauso wichtig wie die enge und klar strukturierte Zusammenarbeit von
 3147 Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder Sozialämtern. Prävention bedeutet für uns
 3148 nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen werden. Uns geht es
 3149 darum, gesellschaftliche Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen, möglichen
 3150 Täter*innen Alternativen zu bieten und frühzeitig Grenzen aufzuzeigen, um sie von einer
 3151 kriminellen Karriere abzubringen.

3152 **Polizei vor Ort stärken**

3153 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
 3154 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
 3155 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
 3156 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
 3157 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
 3158 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
 3159 wollen noch mehr Polizist*innen auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen auf
 3160 Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

3161 **Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt**

3162 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
 3163 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
 3164 wir die Polizei jünger, weiblicher und diverser machen. Wir werden intensiv um Menschen
 3165 werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die
 3166 Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung
 3167 ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung und rassistische Tendenzen in
 3168 der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin
 3169 keinen Platz.

3170 **Handeln zählt**

3171 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
 3172 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
 3173 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
 3174 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
 3175 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
 3176 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir verdachtsunabhängige Kontrollen ebenso ab wie
 3177 Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.

3178 Wer Ziel einer polizeilichen Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft
 3179 bedrängt und unter unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweispflichten
 3180 einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie beispielsweise kontrolliert wurde und welche
 3181 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner
 3182 Polizist*innen schafft Vertrauen und stärkt die Arbeit der gesamten Polizei.

3183 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau
 3184 untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen
 3185 parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

3186 **Sicherheitsbehörden stärken**

3187 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
 3188 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch

3189 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
3190 werden wir familienfreundlicher machen, die Gesundheit der Beamt*innen besser schützen,
3191 Millionen von Überstunden abbauen und die Ausstattung verbessern. Und natürlich werden wir
3192 Polizist*innen und Feuerwehrleuten, die im Dienst angegriffen werden, unsere Unterstützung
3193 geben.

3194 **Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat**

3195 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
3196 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
3197 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und
3198 Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Die
3199 Sicherheitsbehörden brauchen effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und
3200 Terrorismus, aber diese müssen klar definiert und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden
3201 sein. Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern
3202 zerstören das lebenswichtige Vertrauen in staatliche Institutionen.

3203 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
3204 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen und Strukturen.
3205 Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und parlamentarische Kontrolle. Der
3206 Berliner Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren zwar wichtigen zusätzlichen
3207 Herausforderungen stellen, konnte beim islamistischen Terroranschlag auf dem
3208 Breitscheidplatz und in der rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie aber nicht überzeugen
3209 und hat so weiter an Vertrauen verloren. Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu
3210 schaffen, setzen wir auf eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten
3211 Sicherheitsarchitektur. So lange lehnen wir zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den
3212 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab.

3213 **5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat**

3214 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
3215 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
3216 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
3217 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
3218 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst die Soll-Personalstärke wieder
3219 erreicht. Nach jahrzehntelangem Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit
3220 dessen Umsetzung begonnen: Mit dem Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz –
3221 erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das
3222 Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir
3223 insbesondere die Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundsaniert. Wir sind dabei,
3224 Richter*innen mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine
3225 gesetzliche Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel
3226 geschafft, um die Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

3227 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

3228 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
3229 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
3230 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
3231 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
3232 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
3233 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
3234 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
3235 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Den eingeschlagenen
3236 Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen wir weitergehen und

3237 wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit wollen wir weiter
3238 stärken.

3239 **Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen**

3240 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
3241 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
3242 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
3243 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
3244 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
3245 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
3246 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
3247 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
3248 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
3249 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
3250 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
3251 vorantreiben.

3252 **Opfer stärken**

3253 Rechts- und Sicherheitspolitik orientiert sich zu oft an Täter*innen. Wir wollen die Opfer
3254 stärker in den Blick nehmen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz haben
3255 wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörige
3256 eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen und aktiv auf die
3257 Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die psychosoziale
3258 Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit traumatische Folgen
3259 möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft eine wichtigere Rolle
3260 spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet entgegenzutreten, haben wir
3261 bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität gegründet und wollen in einem
3262 Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten. Sie soll psychologische
3263 Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer Anzeige bieten.

3264 **Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen**

3265 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
3266 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
3267 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
3268 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
3269 spezifischer Fach Erfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
3270 eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
3271 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
3272 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. Um für genug Nachwuchs zu sorgen, wollen wir die
3273 Jurist*innenausbildung reformieren. Auch die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken:
3274 mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien
3275 und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

3276 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
3277 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
3278 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
3279 Beförderungen ändern.

3280 **Rechtsstaat braucht Infrastruktur**

3281 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
3282 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
3283 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden

3284 wir energetisch sanieren und den bereits begonnen Bau von Solaranlagen und
3285 Blockheizkraftwerk forcieren.

3286 **Digitalisierung voranbringen**

3287 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
3288 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
3289 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
3290 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
3291 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
3292 der Prozessgrundsätze.

3293 **Rechtsstaat für alle**

3294 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
3295 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
3296 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
3297 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
3298 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
3299 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
3300 werden wir weiterführen.

3301 **Gefangene werden Nachbar*innen**

3302 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
3303 „Wegsperrten!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
3304 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
3305 können und nicht rückfällig werden.

3306 Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit verrichten, statt
3307 eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu
3308 verantworten ist, setzen wir auf offenen Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu
3309 erleichtern.

3310 Strafgefangene brauchen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere Betreuung vor
3311 und nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit einzigartige Projekt
3312 „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In den kommenden Jahren werden alle
3313 Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – um
3314 den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich
3315 am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung und wird die
3316 „zweite Chance“ auch eine echte Chance.

3317 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
3318 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
3319 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
3320 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
3321 wir fortsetzen.

3322 **Strafrecht als „Ultima Ratio“**

3323 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
3324 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
3325 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
3326 Besitz von Cannabis wollen wir entkriminalisieren. Auch Elemente aus der NS-Zeit wollen wir
3327 endlich aus dem Strafgesetzbuch verbannen. All das muss auf Bundesebene geregelt werden –
3328 wir bleiben dran.

3329 **5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation,** 3330 **Vielfalt und Transparenz stärken**

3331 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
3332 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
3333 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
3334 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

3335 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
3336 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
3337 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
3338 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
3339 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
3340 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
3341 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
3342 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
3343 die Berliner*innen möglich.

3344 **Demokratie heißt Vielfalt**

3345 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
3346 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
3347 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
3348 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
3349 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
3350 infrage stellen.

3351 **Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen**

3352 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
3353 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
3354 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
3355 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
3356 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
3357 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
3358 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
3359 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

3360 **Bürger*innenräte in Berlin einführen**

3361 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirksebene
3362 und auch auf Landesebene sowie zu einzelnen thematischen Schwerpunkten Bürger*innenräte
3363 etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und die Institutionen
3364 repräsentativer Demokratie ebenso wie die Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die
3365 Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der
3366 Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort
3367 Lösungen für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir
3368 die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz
3369 politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

3370 **Stadtvertrag für Beteiligung**

3371 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
3372 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
3373 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
3374 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
3375 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte

3376 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
 3377 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
 3378 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
 3379 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
 3380 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

3381 **Demokratische Initiativen stärken**

3382 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
 3383 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
 3384 Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV)
 3385 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen eine
 3386 dauerhafte und verlässliche Förderung solcher Projekte und deshalb wollen wir mit einem
 3387 Landesdemokratiefördergesetz dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für Demokratie
 3388 und Vielfalt, gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen wir Präventionsangebote
 3389 stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme verstetigen.

3390 **Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten**

3391 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
 3392 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
 3393 Probleme anzugehen. Um das demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und
 3394 politische Bildung unerlässlich. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung
 3395 stärken und insbesondere für junge Menschen und in Schulen ausweiten. Denn hier wird die
 3396 Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus,
 3397 Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu
 3398 wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

3399 **Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken**

3400 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens
 3401 oder ihrer sexuellen Identität. Die Betroffenen fühlen sich oft isoliert und ausgeschlossen
 3402 und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen können. Wir wollen solche Stellen
 3403 mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen
 3404 Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und
 3405 Diskriminierung entgegenzuwirken.

3406 **Hass und politische Gewalt bekämpfen**

3407 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
 3408 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
 3409 wollen damit insbesondere der Bedrohung jüdischen Lebens durch wachsenden Antisemitismus
 3410 entgegentreten und Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten.

3411 **5.7 Berlin bleibt Kulturhauptstadt**

3412 Berlin ist eine Kulturhauptstadt. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an
 3413 Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und
 3414 Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch
 3415 diese Kunst- und Kulturmetropole ist unter Druck: Der übergroße Teil der Kulturschaffenden
 3416 gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Steigende Mieten und
 3417 Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit
 3418 sich gebracht. Durch den Lockdown in der Corona-Pandemie haben zahllose freischaffende
 3419 Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren.
 3420 Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Berlins einmaliger Kulturlandschaft: Wir haben mit
 3421 Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung von Künstler*innen
 3422 gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte Immobilienankäufe

3423 neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken ausgebaut.
3424 Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-Frage ins Zentrum der
3425 Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von mehr Gerechtigkeit,
3426 Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins weiter vorantreiben.

3427 **Kunst und Kultur brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend**

3428 Berlins Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und internationalen
3429 Ausstrahlung der Stadt. Gleichzeitig waren und sind Kunst und Kultur immer mehr als ein
3430 Wirtschaftssektor und deshalb auf öffentliche Förderung und Infrastruktur angewiesen. Daher
3431 wollen wir bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
3432 Stadtentwicklungspolitik ganz generell kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den
3433 Vordergrund stellen. So, wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem
3434 Schwerpunkt Musik gesichert haben, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als
3435 künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Wir werden auch weiterhin
3436 private Immobilien für diesen Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm
3437 im Dialog mit der Freien Szene und den Spartenverbänden weiterentwickeln. Bei Planung und
3438 dem Bau neuer Stadtquartiere müssen künstlerische Zwecke und die Schaffung kultureller
3439 Infrastruktur von vornherein mitberücksichtigt werden. Außerdem wollen wir sonstige
3440 öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen:
3441 Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können außerhalb
3442 ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte fungieren – und beim Neubau
3443 einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für die bezirkliche Musikschule oder
3444 Jugendkunstschule entstehen. Dabei denken wir Kunst und Klimaschutz zusammen: Auch der
3445 Kulturbereich muss seinen Anteil an der Einsparung von CO₂-Emissionen auf dem Weg zu einer
3446 klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere für die Museen und den Gastspiel- und
3447 Festivalbetrieb, die zu den größten Treibhausgas-Emittenten gehören. Deshalb unterstützen
3448 wir Konzepte für ein „Green Culture Desk“ und die Einrichtung eines entsprechenden Fonds.

3449 **Förderung der Freien Szene neu justieren**

3450 Berlins Freie Szene war schon immer eine Art Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks-
3451 und Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
3452 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
3453 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
3454 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalisierung dieser Szene allerdings
3455 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
3456 deshalb zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer kritischen
3457 Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei wollen wir das fortsetzen, was
3458 wir in dieser Legislatur mit dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung
3459 eines Festivalfonds, der Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung
3460 der Ankerinstitutionen der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der
3461 freien Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen.

3462 **Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik**

3463 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
3464 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
3465 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
3466 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
3467 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
3468 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
3469 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
3470 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
3471 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir

3472 einen Anfang gemacht. Nun wollen wir die Förderpolitik nach Vorbild des New Yorker „Culture-
3473 Plan“ umbauen.

3474 Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
3475 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive
3476 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
3477 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
3478 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
3479 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote.

3480 **Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft im Flughafen Tempelhof**

3481 Wir wollen kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und
3482 freien Gruppen, fördern. Im Gebäude des Flughafens Tempelhof soll ein Zentrum für Kultur-
3483 und Kreativwirtschaft entstehen, in dem Ateliers, Galerien, Proberäume und freie Spielorte
3484 ebenso wie Produktions- und Präsentationsstätten für Design, Mode, Architektur oder Games
3485 Platz finden. Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label „made in Berlin“ gezielt
3486 vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine landeseigene
3487 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel wollen wir Raum
3488 für die Kreativwirtschaft schaffen.

3489 **Freiheit der Medien garantieren**

3490 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
3491 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
3492 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
3493 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
3494 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
3495 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
3496 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
3497 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
3498 im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
3499 weiterentwickeln.

3500 **„Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen**

3501 Der Film entwickelt sich zunehmend zu einem Aushängeschild der Berliner Kulturlandschaft. Um
3502 hier ausgebildete Filmschaffende an Berlin zu binden, wollen wir ihnen in einem „Berlin-
3503 Jahr“ eine Anschlussförderung und in Kooperation mit der Filmwirtschaft Arbeitsangebote
3504 bieten. Um Möglichkeiten der Aus-, Weiter- und Fortbildung für Film- und Medienschaffende zu
3505 verbessern, wollen wir die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ausweiten. Dazu
3506 soll die Medienanstalt auch mit den Filmhochschulen kooperieren.

3507 **Clubkultur erhalten**

3508 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
3509 Nutzungskonflikte mit Anrainern zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
3510 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
3511 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
3512 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln
3513 zu verschaffen, wollen wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkennen. Uns ist
3514 wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer
3515 Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den
3516 Betreiber*innen und der Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben
3517 vorzugehen.

3518 **Decolonize!**

3519 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
3520 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
3521 Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
3522 postmigrantisch-diasporischen Communities und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
3523 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
3524 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
3525 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
3526 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
3527 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
3528 den Kolonialismus und die Kolonialverbrecher ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir
3529 auf Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie zur
3530 Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen sollen endlich Postcolonial und Black Studies
3531 angeboten werden, wie es im angelsächsischen Raum längst der Fall ist. Und wir fordern
3532 weiterhin die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als
3533 zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt
3534 des deutschen Kolonialreichs und Ort zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen
3535 steht Berlin ganz besonders in der Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns
3536 für eine systematische Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der
3537 Berliner Museen und Sammlungsbestände ein. Koloniale Raubkunst und menschliche Überreste
3538 müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das proaktiv. Wir wollen
3539 außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür nutzen, eine
3540 Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und die
3541 Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

3542 **5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im** 3543 **Blick**

3544 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
3545 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
3546 mussten, und eine gute Heimat all denjenigen bieten, die in einer weltoffenen,
3547 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
3548 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein Leben aufbauen zu können.

3549 **Berlin ist sicherer Hafen**

3550 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
3551 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten
3552 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
3553 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
3554 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
3555 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
3556 Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist, Solidarität zu
3557 zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm immer
3558 wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn.
3559 Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen
3560 Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das
3561 Bundesinnenministerium klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige
3562 Geflüchtete. Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass
3563 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ* und Familien
3564 unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen, die sie benötigen.

3565 **Eine echte Willkommensbehörde für Berlin**

3566 In Berlin ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange Realität und in den
3567 kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es jetzt schon ist. Nun gilt es,

3568 diese Realitäten in Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein
 3569 friedliches, gerechtes und freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden
 3570 wir das Berliner Landesamt für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde
 3571 weiterentwickeln und alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom
 3572 Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln.
 3573 Die Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt
 3574 werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
 3575 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
 3576 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
 3577 der Betroffenen nutzen. Dazu gehört, dass die, die arbeiten oder sich bilden, auch bleiben
 3578 können. Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
 3579 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
 3580 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
 3581 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
 3582 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
 3583 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
 3584 ausgeschlossen sein. Abschiebungen sollen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
 3585 Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, lehnen wir ab.

3586 **Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen**

3587 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
 3588 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen immer wieder massiver Repression
 3589 ausgesetzt. Wir haben in dieser Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen
 3590 aufgelegt, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus
 3591 Journalismus, Kultur, Wissenschaft und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in
 3592 Berlin in Sicherheit zu leben. Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem
 3593 gemeinsamen institutionellen Dach, einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein
 3594 starkes Signal für den Schutz von Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns
 3595 dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile
 3596 Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

3597 **Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung**

3598 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
 3599 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
 3600 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
 3601 Importeure müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung
 3602 Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren dafür
 3603 erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine faire und
 3604 ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über Computer und
 3605 Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf
 3606 Bundesebene setzen wir uns für ein Lieferkettengesetz ein, damit Verbraucher*innen
 3607 Transparenz erhalten und Umwelt- und Sozialstandards weltweit eingehalten werden.

3608 **Soziales Europa statt Ausbeutung**

3609 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
 3610 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
 3611 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
 3612 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
 3613 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
 3614 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
 3615 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
 3616 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das

3617 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
 3618 Auf Bundesebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft werden. In
 3619 Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle Möglichkeiten
 3620 geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des Allgemeinen
 3621 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben ist ein
 3622 Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

3623 **Partnerschaften in der Europäischen Union**

3624 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
 3625 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
 3626 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
 3627 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
 3628 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
 3629 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen.
 3630 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für Klimaschutz, den
 3631 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen, wollen wir weiter ausbauen
 3632 und stärken. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um noch stärker den
 3633 Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
 3634 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

3635 **Europa in die Berliner Landesverfassung**

3636 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur
 3637 Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen
 3638 anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der
 3639 Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen
 3640 Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden
 3641 werden. Die Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über
 3642 ihre Arbeit berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen
 3643 wir vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt.

3644 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

3645 **1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen**

3646 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
 3647 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
 3648 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
 3649 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben, indem
 3650 wir ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Und damit Politik für
 3651 Frauen endlich als Querschnittsthema in allen Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit
 3652 allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
 3653 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und eine Gesetzesfolgenabschätzung
 3654 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

3655 **2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur 3656 Terrorserie in Neukölln**

3657 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-
 3658 Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt,
 3659 aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei
 3660 Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. Noch immer ist kaum etwas aufgeklärt
 3661 – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr
 3662 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner
 3663 Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen

3664 Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung
3665 schafft Vertrauen. Genau das braucht unsere Hauptstadt-Polizei.

3666 **3. Bürger*innenräte in Berlin einführen**

3667 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
3668 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und
3669 die Institutionen repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten
3670 werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez
3671 abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme
3672 im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
3673 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
3674 auf lokaler Ebene erhöhen.

3675 **4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten**

3676 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
3677 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
3678 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
3679 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
3680 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
3681 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
3682 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
3683 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

3684 **5. Eine Willkommensbehörde für Berlin**

3685 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
3686 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
3687 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
3688 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs bis zur Arbeitserlaubnis. Die
3689 Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung
3690 liegen. Auch die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die
3691 Integrationsverwaltung übertragen werden. Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent
3692 zugunsten der Betroffenen nutzen.

K-6 Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-6 Kapitel 6

3693 **6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt**

3694 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
3695 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
3696 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
3697 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
3698 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
3699 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
3700 vor der Grünen Regierungsverantwortung.

3701 **Berlin war heruntergewirtschaftet**

3702 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
3703 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
3704 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
3705 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
3706 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW), die als börsennotierte
3707 Gesellschaft mittlerweile der „Deutsche Wohnen“ gehört. Berlin hing bei der Bezahlung der
3708 Beamt*innen weit hinter der Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, eine gesamtstädtische
3709 Steuerung gab es nicht, der Begriff Digitalisierung war für große Teile der Politik ein
3710 Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am Horizont
3711 erkennbar.

3712 **Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen**

3713 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit
3714 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt.
3715 Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar
3716 um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu
3717 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die
3718 Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt
3719 Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister,
3720 alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames
3721 Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt
3722 müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und
3723 Bezirksebene weiter beschleunigen.

3724 **Das Berliner Vermögen halten und ausbauen**

3725 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
3726 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
3727 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
3728 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den
3729 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner
3730 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei
3731 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
3732 kooperieren.

3733 **Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten**

3734 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
3735 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
3736 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
3737 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
3738 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

3739 **Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen**

3740 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
3741 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
3742 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
3743 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu allen
3744 relevanten Themen und Aufgaben wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
3745 Zielvereinbarungen schließen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
3746 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
3747 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir wollen diesen
3748 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung wahrnehmen. Dafür werden
3749 wir die Arbeitsbedingungen verbessern, neue kluge Köpfe werben und die Berliner Verwaltung
3750 so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser Stadt längst ist.

3751 **Lokale Demokratie in den Bezirken stärken**

3752 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken.
3753 Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz besetzen, sondern eine
3754 echte Bezirksregierung schaffen, mit klaren Verantwortlichkeiten für das Regieren auf der
3755 einen Seite und klarer Oppositionsrolle auf der anderen. Nur mit einem solchen „politischen
3756 Bezirksamt“ wird für die Bürger*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit
3757 geht einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen, zum Beispiel
3758 dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben.

3759 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
3760 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
3761 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
3762 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der
3763 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt
3764 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad
3765 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
3766 und vielfältige Hauptstadt.

3767 **6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, 3768 Berlin klimaneutral und gerechter machen**

3769 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
3770 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
3771 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
3772 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
3773 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
3774 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
3775 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
3776 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Die Kosten der Krise mit überzogener Sparpolitik
3777 begleichen zu wollen, wäre die falsche Antwort, da sie die Krise nur noch teurer macht. Wir
3778 bleiben auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und dem
3779 Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft. Dazu gehört, eine gute

3780 Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu investieren, Berlin klimaneutral
3781 zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

3782 **Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe**

3783 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
3784 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
3785 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
3786 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
3787 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
3788 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
3789 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
3790 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

3791 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
3792 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen. Weil Grundversorgung in
3793 öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische
3794 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige
3795 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
3796 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt.
3797 Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze ausweiten. Zur langfristigen
3798 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent
3799 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche
3800 Grundstücke nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen wir auf das beste
3801 Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir kritisch
3802 gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne
3803 meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen wie das Energie-Contracting in der Berliner
3804 Energie-Agentur, zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbietern und Rathäusern zur
3805 Energieeinsparung, können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

3806 **Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise**

3807 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
3808 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
3809 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein „Klima-Budget“ für die
3810 Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen
3811 und dem davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer
3812 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere
3813 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
3814 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
3815 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
3816 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
3817 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
3818 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
3819 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
3820 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
3821 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

3822 **Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik**

3823 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
3824 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
3825 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
3826 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir wollen die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer
3827 Bodenwertsteuer prüfen und dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Unser Ziel bleibt,

3828 Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu
 3829 steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu orientieren. Dazu braucht es
 3830 eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu gegründeten landeseigenen
 3831 „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit zivilgesellschaftlichen Initiativen,
 3832 Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

3833 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Seit Jahren arbeiten wir
 3834 in Berlin daran, Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Daten liegen mittlerweile
 3835 ausreichend vor, in der nächsten Legislaturperiode wollen wir konkrete Zielmarken
 3836 formulieren und verbindlich umsetzen, zum Beispiel um Lohnungleichheiten zwischen
 3837 Berufsgruppen auszugleichen, die eher von Männern bzw. Frauen ausgeübt werden. Wir setzen
 3838 uns ferner dafür ein, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der
 3839 öffentlichen Förderung widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die
 3840 Verteilung von öffentlichen Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt
 3841 Bürger*innenhaushalt auch auf Landesebene ein.

3842 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
 3843 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
 3844 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur
 3845 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen – zur Wiedereinführung
 3846 einer Vermögensteuer und um die Schuldenbremse auch für die Länder flexibler zu gestalten.

3847 **6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient,** 3848 **digital und vielfältig**

3849 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
 3850 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
 3851 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die
 3852 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
 3853 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten
 3854 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
 3855 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
 3856 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
 3857 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
 3858 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
 3859 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
 3860 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden.

3861 **Gesamtstädtische Steuerung – die Beziehungen von Land und Bezirken neu ordnen**

3862 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
 3863 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
 3864 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
 3865 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
 3866 relevanten Themen und Aufgaben ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen treffen.
 3867 Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell und finanziell stärken, um vor Ort
 3868 zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

3869 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
 3870 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
 3871 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
 3872 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
 3873 im Abgeordnetenhaus möglich.

3874 **Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren**

3875 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
3876 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele
3877 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Das ist komfortabel
3878 für die Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können
3879 sich deren Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern.

3880 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
3881 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
3882 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
3883 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
3884 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen.

3885 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
3886 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
3887 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat,
3888 Ressourcen und Budgets. Wir haben dafür gesorgt, dass heute im Service-Portal Berlins über
3889 100 Dienstleistungen online erledigt werden können – von der Beantragung von Kita-
3890 Gutscheinen bis zur Gewerbeanmeldung. Bis 2026 wollen wir alle öffentlichen Gebäude ans
3891 Glasfasernetz angeschlossen haben und wir werden dafür prüfen, inwieweit ein landeseigenes
3892 Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller meistert. Auf Landesebene wollen wir
3893 die Verantwortung für die Digitalisierung in einer zentralen Steuerungsstruktur
3894 zusammenfassen, anstatt es weiterhin über mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen. Damit das
3895 Zusammenspiel dieser neuen zentralen Einheit mit den Bezirken gut funktioniert, werden wir
3896 auch in jedem Bezirksamt eine*n zentrale*n Digitalisierungsbeauftragte*n einführen und die
3897 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen.

3898 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der
3899 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben Bürger*innen und die
3900 Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by
3901 design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
3902 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
3903 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
3904 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
3905 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
3906 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

3907 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
3908 auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
3909 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden.

3910 **Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig**

3911 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
3912 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
3913 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
3914 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
3915 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
3916 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
3917 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
3918 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder Möglichkeiten, die Laufbahn
3919 zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen.

3920 **Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)** 3921 **Behörden**

3922 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
 3923 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
 3924 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
 3925 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
 3926 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
 3927 potentiell Betroffener sicherstellen.

3928 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
 3929 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
 3930 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
 3931 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
 3932 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

3933 **6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort** 3934 **entscheidet sich unser Zusammenleben**

3935 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
 3936 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
 3937 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
 3938 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die
 3939 Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25
 3940 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg
 3941 fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger*innendienstleistungen
 3942 in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie
 3943 mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

3944 **Beste Qualität statt billigster Preis – Finanzierung der Bezirke neu aufstellen**

3945 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist derzeit bei knappen Mitteln Wettbewerb um den
 3946 billigsten Preis. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk billiger erfüllt wird, müssen
 3947 alle nachziehen, was zu einer fatalen Abwärtsspirale führt. Diese Logik wollen wir
 3948 durchbrechen, indem wir die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Wir wollen
 3949 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis darf nicht
 3950 alleiniges Merkmal guter Politik sein. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz. Wir
 3951 wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten in die Logik
 3952 der Bezirksfinanzierung integrieren. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die
 3953 Mittel Frauen gleichermaßen zugutekommen, wollen wir stärker verankern.

3954 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
 3955 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
 3956 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
 3957 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
 3958 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

3959 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
 3960 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
 3961 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
 3962 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir Kultur- und
 3963 Weiterbildung in einem Pilotprojekt ganz aus der KLR herausnehmen und stattdessen die
 3964 Zuweisungen in anderer Form berechnen – etwa in einer Mischung aus der Fortschreibung
 3965 bestehender Projekte und tatsächlicher Neubedarfe.

3966 **Eigenständigkeit der Bezirke stärken**

3967 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
 3968 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel

3969 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch
 3970 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr
 3971 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

3972 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel
 3973 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig frühzeitig an der Erarbeitung des
 3974 Bezirksplanfonds beteiligen. Unrealistische Einnahmenvorgaben wollen wir absenken und
 3975 konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen – inklusive hoher Qualitäts- und
 3976 Nachhaltigkeitsstandards.

3977 **Mehr Demokratie in den Bezirken**

3978 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Dieses Versprechen wollen
 3979 wir stärker mit Leben füllen und Strukturen neu ordnen. Bislang werden Bezirksämter nach
 3980 Proporz besetzt – die Parteien stellen Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis,
 3981 anders als auf Bundes- und Landesebene, wo eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt.
 3982 Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk als „politisches Bezirksamt“ einführen. Nur so wird
 3983 für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik in der
 3984 Verantwortung stehen.

3985 Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung
 3986 (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur in einigen Bereichen über Beschlussrechte
 3987 und können überall sonst lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir
 3988 wollen mehr BVV-Beschlüsse mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete
 3989 die Möglichkeit erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem
 3990 wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

3991 Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Wir wollen
 3992 Bürger*innenentscheide in den Bezirken. Die Idee der Bürger*innen-Haushalte wird bislang
 3993 ganz unterschiedlich umgesetzt. Wir wollen die verschiedenen Ansätze evaluieren und die
 3994 besten in allen Bezirken etablieren.

3995 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen
 3996 stark aufgebaut, dies wollen wir fortsetzen. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben
 3997 auf die kommunale Ebene übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und
 3998 personellen Ressourcen folgen. Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein
 3999 zentrales Kriterium. Ziel ist, die Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

4000 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

4001 **1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen**

4002 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine
 4003 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem
 4004 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in
 4005 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass
 4006 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische
 4007 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen
 4008 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent
 4009 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche
 4010 Grundstücke nur noch als Erbbaurechte.

4011 **2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken**

4012 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,
 4013 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.
 4014 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für

4015 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
4016 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
4017 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin
4018 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
4019 Entscheidungsfindung ein.

4020 **3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken**

4021 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
4022 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und unklaren Zuständigkeiten. Für uns gilt der
4023 Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei sollen
4024 Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer einzelnen
4025 Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen Zuständigkeit
4026 auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres Zusammenspiel
4027 der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben und
4028 Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir auch
4029 die Modernisierung der Stadt, beispielsweise indem der Bau von Radinfrastrukturen bei
4030 Hauptstraßen und dem Rad-Vorrangnetz zukünftig komplett auf Landesebene, bei Nebenstraßen
4031 komplett auf Bezirksebene angesiedelt ist.

4032 **4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand**

4033 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
4034 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
4035 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
4036 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
4037 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
4038 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den
4039 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
4040 werden.

4041 **5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!**

4042 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
4043 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
4044 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
4045 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
4046 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
4047 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.

K-7 Wir sind bereit, Verantwortung für die Zukunft Berlins zu übernehmen

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-7 Kapitel 7

4048 **7. Wir sind bereit, Verantwortung für die Zukunft** 4049 **Berlins zu übernehmen**

4050 Als wir 2016 Verantwortung übernommen haben, war das Wort „Klima“ in Berlins Regierung ein
4051 Fremdwort. Über Jahrzehnte war die Substanz der Stadt ausverkauft. Die Bezirke waren kaum
4052 noch handlungsfähig, Busse und Bahnen fuhren mit der letzten Schraube. Eine aktive
4053 Mietenpolitik gab es nicht, in Schulen war seit Jahren nicht investiert worden, genauso
4054 wenig wie in Krankenhäuser. Polizei und Feuerwehr waren deutlich schlechter bezahlt als in
4055 den anderen Bundesländern, Sozialarbeiter*innen waren in vielen Bezirken nicht mehr
4056 existent. Und während in vielen Städten der Welt längst für die Verkehrswende gearbeitet
4057 wurde, hatten die Regierenden in Berlin Autobahnen mitten durch die Stadt im Kopf.

4058 **Wir haben umgesteuert – Berlin hat die Entscheidung**

4059 Wir haben umgesteuert. Es hat viel Kraft gekostet, nicht alles hat auf Anhieb so
4060 funktioniert, wie wir es uns vorgestellt haben und wir sind noch weit von unserer Vision
4061 entfernt. Aber wir haben eine Tür aufgestoßen, die Weichen sind neu gestellt. In diesem
4062 Programm haben wir beschrieben, wo Berlin nach der Übernahme von Regierungsverantwortung
4063 durch uns Grüne steht und wo wir hinwollen. Jetzt entscheidet sich, ob Berlin den Weg in
4064 eine gute Zukunft tatsächlich geht.

4065 Der Blick in die Welt zeigt – es stehen zwei Optionen zur Debatte: Der Weg der rechten
4066 Populist*innen, der Verfechter illiberaler Demokratien, der Klimaleugner*innen und
4067 Spalter*innen. Und der Weg in eine klimaneutrale, lebenswerte und gerechte, eine offene und
4068 freie Weltstadt der Zukunft. Wir Grüne stehen für den zweiten Weg und wir sind überzeugt:
4069 Die Zeit ist reif und es ist unsere Zeit.

4070 **Ein Bündnis der Berliner Zukunftskräfte**

4071 Berlin in die Zukunft zu führen geht nicht alleine. Als Partei, die aus vielen Bewegungen
4072 entstanden ist, wissen wir, Zukunft wird nicht in Verwaltungen entwickelt, sondern in
4073 breiten gesellschaftlichen Bündnissen. Aber es braucht Verantwortliche in Parlament und
4074 Regierung, die bereit sind und dafür brennen, gemeinsam mit den Menschen in Berlin die
4075 Zukunft zum Guten zu gestalten. Denn wir wissen, dass wir nur zusammen noch viel weiter
4076 kommen.

4077 Genau darum geht es uns. Mit dem Mandat der Berliner*innen sind wir bereit, Verantwortung
4078 für die Zukunft dieser Stadt zu übernehmen.